Bezugspreis
für Halle vierteljährlich bei zweimaliger Zustellung 2,50 M., durch die Post 3,25 M., ausschl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen. Im amtlichen Zeitungs-Verzeichnis unter „Saale-Zeitung" eingetragen.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Quellenangabe: „Saale-Ztg." gestattet.

Fernsprecher der Redaktion Nr. 1140; der Anzeigen-Abteilung Nr. 176; der Abonnementsabteilung Nr. 1133.

Morgen-Ausgabe.

Saale-Zeitung.

Fünfundvierzigster Jahrgang.

Anzeigen
werden die 6 gespaltene Kolonelzeile oder deren Raum mit 30 Pfg., solche aus Halle mit 20 Pfg. berechnet und in unseren Annahmestellen und allen Annoncen-Expeditionen angenommen. Reklamen die Zeile 75 Pf. für Halle, auswärts 1 Mk.

Erscheint täglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Redaktion und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Gr. Brauhausstraße 17; Nebengeschäftsstelle: Markt 24.

Nr. 17. **Halle a. S., Mittwoch, den 11. Januar.** **1911.**

Die Einbringung des Etats im Landtag.

Abgeordnetenhaus.

Dienstag, den 10. Januar.

Am Ministertische: Dr. Lentze.

Das Haus ist stark besetzt, auch die Tribünen sind gefüllt.

Präsident v. Kröcher eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 15 Minuten mit einem Hoch auf den König, in das die Versammlung dreimal einstimmt. Die Sozialdemokraten waren nicht im Saale.

Finanzminister Dr. Lentze

bringt den Etat mit folgender einleitenden Rede ein: M. H., ich habe zum ersten Male die Ehre, hier vor diesem Hohen Hause zu erscheinen und den Etat zu vertreten. Diese Aufgabe wird mir dadurch wesentlich erleichtert, daß mein hochverehrter Herr Amtsvorgänger mir die preußischen Finanzen in einem wohlgeordneten und durchaus gesunden Zustande überliefert hat, und es mir nur obliegt, sie in diesem Zustande zu erhalten und sie weiter auszugestalten. Ich möchte aber bitten, daß Sie mir hierzu Ihre Unterstützung leihen möchten, denn ohne Ihre Unterstützung wird es mir unmöglich sein, dieses Ziel zu erreichen. Mit Allerhöchster Ermächtigung Sr. Majestät des Königs habe ich die Ehre, Ihnen zu überreichen: die allgemeine Rechnung über den Staatshaushalt im Jahre 1907, sodann die Uebersicht von den Staatseinnahmen und -Ausgaben für das Jahr 1909 und den Gesetzentwurf, die Feststellung des Staatshaushaltsetats für das Jahr 1911 betr. Um den Ueberblick über den Etat zu erleichtern, sind diesmal gedruckte Erläuterungen zu dem Etat mit vorgelegt. Außerdem wird Ihnen in den nächsten Tagen ein alphabetisches Inhaltsverzeichnis zugehen. — Die Rechnung des Jahres 1909 schließt ab mit einem Fehlbetrage von 23,4 Millionen, gegenüber einem Fehlbetrage von 155,8 Millionen, wie ihn der Etat des Jahres 1909 vorsah. In Wirklichkeit ist also der Fehlbetrag um 132 Millionen geringer als im Etat. Dieses Rechnungsergebnis ist ein überaus günstiges und, wie ich weiter hervorheben möchte, günstiger, als man bei der Aufstellung des Etats annehmen und im Laufe des Jahres 1909 schätzen konnte. Bekanntlich trat plötzlich im Jahre 1907 in der ganzen Welt ein starker wirtschaftlicher Niedergang ein, dessen Folgen sich bei den Staatsfinanzen ganz empfindlich geltend machten und der verschiedene Jahre hindurch andauerte. Zugleich war aber auch eine Erhöhung der Gehalts- und Reliktenbezüge unumgänglich. Die Lebenshaltung war in einer Weise gestiegen, daß die königliche Staatsregierung die Gehaltsregulierung nicht weiter aufschieben konnte. Hierdurch wurden 200 Millionen neue dauernde Ausgaben erforderlich, die gemacht werden mußten. Während also auf der einen Seite die Ausgaben ganz gewaltig gestiegen sind, fielen auf der anderen Seite die Einnahmen ebenso bedeutend. Diese schweren Erschütterungen konnten auch die preußischen Staatsfinanzen nicht aushalten. Es traten erhebliche Fehlbeträge ein, und zwar schloß das Jahr 1907 mit einem Fehlbetrage von 72 Millionen und das Jahr 1908 mit einem Fehlbetrage von 202 Millionen.

Die Lage der Staatsfinanzen erforderte die größte Aufmerksamkeit

der königlichen Staatsregierung. Es fanden eingehende Untersuchungen darüber statt, welche Teile der Fehlbeträge ihrer Natur nach eine wirkliche Ueberlastung, also dauernde Fehlbeträge, darstellten und welche nur als sogenannte Konjunkturdefizits, als vorübergehende Anforderungen bezeichnet werden konnten. Eine dauernde Ueberlastung, ein sogenanntes chronisches Defizit kann nur durch Erhöhung der Einnahmen oder Beschränkung in den Ausgaben hintangehalten werden, während das Konjunkturdefizit mit der Besserung der wirtschaftlichen Lage von selbst wieder verschwindet. Leider stellte sich heraus, daß der Staatshaushalt erheblich überlastet war, daß sowohl

ein starkes chronisches Defizit,

wie auch ein starkes Konjunkturdefizit vorhanden war. Daher entschloß sich die Königliche Staatsregierung im Einvernehmen mit dem Landtag, diese beiden zu scheiden. Sie sah davon ab, das chronische Defizit durch eine Steuererhebung vollständig zu beseitigen, weil man das der Steuerreform überlassen sollte. Sie begnügte sich damit, nur einen Teil durch neue Steuern zu decken und durch äußerste Sparsamkeit das Defizit allmählich wieder einzubringen. Bei Aufstellung des Etats für 1909 war mit einem Defizit von 155 Millionen zu rechnen. Glücklicherweise ergibt sich, daß das Defizit diese Höhe nicht erreicht. Die Erträgnisse der Staatseisenbahnen, der Forstverwaltung und der Bergbauverwaltung waren günstiger, als im Etatsvoranschlag für 1909 angenommen worden war, und der Etat konnte besser abgeschlossen werden als man erwarten konnte. Auch das Jahr 1910 schließt nach den diesjährigen Ergebnissen besser ab als im Voranschlag zu erwarten war. Bekanntlich wurden, um den Staatshaushalt vor unvermeidlichen Schwankungen zu bewahren, im vorigen Jahre im Einvernehmen mit dem Landtage über die Verwendung der Ueberschüsse aus der Staatseisenbahnverwaltung neue Grundsätze aufgestellt. Während früher

die Gesamteinnahmen der Staatseisenbahnverwaltung

in voller Höhe im allgemeinen Staatshaushalt verwendet wurden, wurden nunmehr die Ueberschüsse teilweise dem Ausgleichfonds überwiesen. Bereits im laufenden Jahre haben sich die Einnahmen so erfreulich gestaltet, daß wir in der Lage sind, in diesem Jahre einige dreißig Millionen Mark dem Ausgleichfonds überweisen zu können. (Hört, hört!) Da der festgesetzte Prozentsatz des statistischen Anlagekapitals 210 Millionen Mark betrügt und die Reineinnahmen der Eisenbahn auf 152 Millionen Mark berechnet worden sind, so verbessert sich das Defizit des Etats um 58 Millionen Mark, so daß man immerhin mit einem Fehlbetrage von etwa 40 Millionen für das Jahr 1910 rechnen muß. Auch dieser Fehlbetrag scheint noch gering, nachdem im Ausgleichfonds der Eisenbahn eine gewisse Reserve gebildet worden ist.

Der Etat für 1911 gestaltet sich noch besser. Wir rechnen da mit einem Fehlbetrage von 29 Millionen Mark und mit einer Ueberweisung an den Ausgleichfonds von 32½ Millionen Mark, so daß eigentlich in diesem Jahre ein Fehlbetrag überhaupt nicht mehr vorhanden ist. (Beifall.) Es geht daraus hervor, wie wichtig die im vorigen Jahre beschlossene Neuordnung der Finanzen ist. Die Anmeldungen der einzelnen Ressorts gingen weit über das hinaus, was an Mitteln zur Verfügung stand. Es mußten deshalb erhebliche Abzüge vorgenommen werden. Den Drang der Sparsamkeit muß ich nach jeder Richtung hin als notwendig und begründet bezeichnen. (Die Rede des Finanzministers wird auf den Tribünen immer unverständlicher, da die Unterhaltung im Saal immer lauter wird.) Der Etatsabschluß für 1911 stellt sich auf 4 085 314 149 Mk. Diese Abschlußzahlen haben eine ganz rapide Steigerung aufzuweisen. Im Jahre 1884 überschritten wir die erste Milliarde, 1894 die zweite, 1907 die dritte und im Jahre 1911 die vierte. Die Zwischenräume wurden also immer kleiner. Die diesmalige Steigerung ist im wesentlichen der Erhöhung der Beamtengehälter und der anderweitigen Etatisierung der Eisenbahnen zuzuschreiben. Die Ernte des letzten Jahres war je nach der Lage und der Häufigkeit der Niederschläge in dem einen oder anderen Teile mehr oder weniger gut.

Der Kartoffelbau und der Weinbau

hatten ein schlechtes Jahr zu verzeichnen. Im allgemeinen hielt sich jedoch die Ernte über dem Durchschnitt der letzten 10 Jahre. Auf dem Gebiet des Arbeitsmarktes hat sich weiter vollzogen ein Anwachsen des Syndikatswesen und des Kampfes aller gegen alle, bei dem namentlich den mittleren und kleineren Existenzen, die für die Existenz des Staates so notwendig sind, Schaden zugefügt wird. (Beifall rechts und in der Mitte.) Im Etat für 1911 sind die Einnahmen stärker gestiegen als die Ausgaben. Die Mehreinnahmen gegenüber den Mehrausgaben betragen 63,8 Millionen Mark, abgesehen von den 32,5 Millionen Mark aus dem Ausgleichsfonds der Eisenbahnen. Der Finanzminister geht nun auf die einzelnen Etats ein. Von dem wirtschaftlichen Niedergang in den vorhergehenden Jahren wurde am meisten die Eisenbahnverwaltung betroffen. Es haben die Mindereinnahmen bei der Eisenbahnverwaltung im Jahre 1907 76,9 Millionen und im Jahre 1908 105,06 Millionen betragen. Bei der Aufstellung des Etats für das laufende Jahr 1909 hat man bei der Eisenbahnverwaltung noch mit einem kleinen Aufschwung gerechnet, und man hat 33 Millionen mehr in den Etat eingestellt. Im November 1909 setzte dann eine ganz plötzliche gewaltige Steigerung des Verkehrs bei den Gütern ein, und dieser gesteigerte Verkehr hat bis heute noch angehalten.

Diese gewaltige Verkehrsteigerung

machte sich bemerkbar naturgemäß bei den Reineinnahmen, die aber auch wesentlich auf Ersparnisse bei den Betriebskosten zurückzuführen sind. Trotz der erheblichen Zunahme des Verkehrs ist eine Ersparnis von 20 Millionen Mark eingetreten. Es ist das ein höchst erfreuliches Ergebnis der unablässigen Bemühungen des Herrn Eisenbahnministers, den Betriebskoeffizienten herabzusetzen. (Beifall.) Die Reineinnahmen der Eisenbahnverwaltung sind durch die bis heute angehaltene Verkehrssteigerung ganz erheblich gestiegen. Der Reinüberschuß im Jahre 1909 war 182,7 Millionen Mark, im Jahre 1910 240 und für das Jahr 1911 rechnen wir mit einem solchen von 252 Millionen Mark. Die Verkehrssteigerung, die im November 1909 eingesetzt hat, betrug 5,9 Proz. beim Personenverkehr und 7,34 Proz. beim Güterverkehr. Für 1911 wird mit einer Verkehrssteigerung gegenüber 1909 von 7 Proz. gerechnet. Die Einschätzung ist eine überaus vorsichtige, und wir dürfen daher auch hoffen, daß wir diese Einnahmen nachher auch erhalten. Ich erwähnte vorhin schon, daß der Betriebskoeffizient herabgesetzt wurde. Der Betriebskoeffizient war bekanntlich im Jahre 1908 auf 74,63 Proz. gestiegen. Er ist im Jahre 1909 gefallen auf 68,99 Proz., im Jahre 1910 wird er voraussichtlich fallen auf 68,50 Proz., und nach vorsichtiger Schätzung wird er 1911 68,63 Prozent betragen. Was ein Herunterdrücken des Betriebskoeffizienten bedeutet, ist sofort klar zu ersehen, wenn man sich vergegenwärtigt, daß die Betriebsausgaben im Jahre über zwei Milliarden betragen. Die Herabminderung des Betriebskoeffizienten um 1 Proz. stellt daher einen Betrag von 20 Millionen Mark dar. Das Anlagekapital der Eisenbahnen betrug nach einer Berechnung am 31. März 1910 10 Milliarden 464 Millionen Mark. Für Neubeschaffung von Materialien werden 146 Millionen gefordert, und zwar 89 Millionen für Neuforderungen und 57 Millionen für Umwandlung vorhandener Linien in elektrischen Betrieb, darunter Magdeburg—Bitterfeld und Lauban—Königswalde. Wenn man die Reineinnahmen mit den Ausgaben vergleicht, so ergibt sich, daß in die Eisenbahnen mehr hineingesteckt wird, als herausgewirtschaftet werden kann. Auch für die Arbeiter ist dadurch gesorgt worden, daß 5,6 Millionen im Etat vorgesehen sind, um die Löhne in den verschiedenen Provinzen einheitlich gestalten zu können. (Bravo!) Der Eisenbahnminister läßt in der Fürsorge für die Staatseisenbahnarbeiter nicht nach.

Die öffentliche Schuld beträgt nunmehr 9 531 647 136 Mk. und der Schuldendienst erfordert einen Aufwand von 53,5 Millionen Mark. Die öffentliche Schuld ist so erheblich, daß sie allen Ernstes der größten Aufmerksamkeit der Staatsregierung bedarf, und wir hoffen, im Jahre 1911 den Anleihemarkt mit neuen Anleihen nicht belasten zu müssen. Die Matrikularbeiträge betrugen im Jahre 1910 83,49 Pfg. pro Kopf und steigen für 1911 auf 83,97 Mk. pro Kopf. Bei der Aufstellung des Etats hat überall das Bestreben obgewaltet, den Etat so zu gestalten, daß er nach Möglichkeit den Grundsätzen einer geordneten Finanzgebahrung gerecht wird. Wenn es auch nicht möglich gewesen ist, den Etat ohne einen Fehlbetrag abzuschließen, so haben wir doch keine Veranlassung, pessimistisch in die Zukunft zu blicken. Unsere Staatsfinanzen sind kerngesund, das können wir ruhig behaupten. (Beifall.) Ich hoffe, daß in nicht zu ferner Zeit auch die letzten Schatten beseitigt sein werden, die das Bild der preußischen Staatsfinanzen noch trüben. (Lebhafter Beifall.)

Präsident v. Kröcher teilt mit, daß es seine Absicht war, die nächste Sitzung auf Freitag anzuberaumen und auf die Tagesordnung die Interpellation des Zentrums wegen der Rebschäden zu setzen, daß aber die Regierung da noch nicht in der Lage sei, sie zu beantworten.

Nächste Sitzung Sonnabend 11 Uhr: Wahl des Präsidiums und erste Lesung des Etats.

Schluß 2½ Uhr.

Herrenhaus.

Erste Sitzung. 10. Januar 1911.

Der bisherige Präsident v. Manteuffel eröffnet die Sitzung um 3½ Uhr: Ich eröffne die Sitzung mit dem uns allen teuren Ruf: „Se. Majestät der Kaiser lebe hoch!" (Das Haus stimmt dreimal in das Hoch ein.)

Auf Vorschlag des Herzogs von Trachenberg wird der bisherige Präsident durch Zuruf wiedergewählt, ebenso zu Vizepräsidenten Oberbürgermeister a. D. Becker und Freiherr v. Landsberg, und zu Schriftführern Graf Arnim-Boitzenburg, Dr. v. Burgsdorff, Graf Hutten-Czapski, Dr. Johansen, v. Klitzing, Graf v. Seydlitz-Sandreczki, Veltmann und Dr. Graf von Wedel-Gödens.

Damit ist die Tagesordnung erledigt. Nächste Sitzung Mittwoch ½1 Uhr: Vereidigung neueingetretener Mitglieder. Geschäftliche Mitteilungen. Wahl von vier Mitgliedern zur Matrikelkommission.

Schluß 3¾ Uhr.

Deutscher Reichstag.

102. Sitzung, Dienstag, den 10. Januar.

Am Tische des Bundesrats: Wermuth. Das Haus ist mäßig besetzt.

Präs. Graf Schwerin-Löwitz eröffnet die Sitzung mit einem Neujahrsgruß an die Abgeordneten und mit Nachrufen auf die in den Weihnachtsferien Verstorbenen.

Die Zündwaren-Interpellation.

Auf der Tagesordnung steht die Interpellation der fortschrittlichen Volkspartei, Dr. Ablaß u. Gen.:

> Ist der Herr Reichskanzler bereit, angesichts der schweren Mißstände, die sich aus der Besteuerung von Zündwaren für die beteiligte Industrie und Arbeiterschaft, wie für die Verbraucher ergeben haben, die Aufhebung des Zündwarensteuergesetzes vom 15. Juli 1909 schleunigst in die Wege zu leiten?

Abg. Enders (Vp.)

begründet die Interpellation: Fürchten Sie nicht, daß ich an das fröhliche Ende der Debatte, die wir vor den Ferien über die Reichsfinanzreform gehabt haben, heute den fröhlichen Anfang anknüpfe, obgleich die Versuchung sehr groß und die Gelegenheit sehr günstig ist. Denn diese Zündholzsteuer ist die duftigste Blume in dem Steuerbukett. Ich will aber auch den Schein vermeiden, als ob wir andere als sachliche Interessen haben. Herr Rösicke meinte damals, daß man im Lande nach einer solchen Steuer schreie. Nein, aber jetzt schreit man über diese Steuer, daß uns die Ohren gellen: Die Arbeiter, die ihre Arbeit verloren haben, die Fabrikanten, denen das Messer an der Kehle sitzt, die Konsumenten, die über das Unsoziale und das Ungerechte der Steuer mit Recht empört sind. In den weltabgeschiedenen Gegenden, in denen diese Industrie zu Hause ist, finden die entlassenen Arbeiter keine Beschäftigung. Jetzt nach 1½ Jahren kann man nicht mehr von einem vorübergehenden Notstande sprechen, kann man die Industrie nicht mehr vertrösten. Den Unternehmern geht es genau so schlecht wie den Arbeitern. Die Gesetzgebung muß schleunigst eingreifen. Die Zündholzersatzmittel müssen hoch besteuert, die Kontinente erweitert werden. Will man das nicht, dann muß das Staatsmonopol kommen. Die sachverständigen Fabrikanten sind der Ansicht, daß es sich nicht um vorübergehende, sondern um dauernde Mißstände handelt. Eine neue blühende Feuerzeugindustrie ist entstanden, so daß der Konsumrückgang in der Zündholzindustrie schon 45 Proz. beträgt. Das hält keine Industrie auf die Dauer aus. Das Syndikat ist nach schweren Verlusten in sechs Monaten zusammengebrochen. Der Redner schildert die Verhältnisse in seiner engeren Heimat Sachsen-Meiningen. Diese Steuer hat geradezu verheerend gewirkt. Die mittleren und kleineren Betriebe werden bald vernichtet sein. Und das nennt die Regierung praktische Mittelstandspolitik, Sozialpolitik! Gerade die Aermsten müssen darunter leiden. Denn das Zündholz ist in der Hütte unentbehrlicher als im Palast. Darum weg mit dieser ungerechten, unsozialen Steuer. Den Ausfall konnte man mit der

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19110111017/fragment/page=0001

Erbschaftssteuer decken. (Lachen rechts.) Der Schatzsekretär sollte es doch noch in diesem Reichstag damit versuchen. Manche, die früher gegen die Erbschaftssteuer waren, würden jetzt aus Angst vor den Wahlen dafür sein. (Lachen rechts.) Eine staatsmännisch denkende Regierung würde diese Steuer so bald wie möglich in der Versenkung verschwinden lassen. (Beifall links.)

Staatssekretär Dr. Wermuth:

Diese Angelegenheit ist vor Weihnachten schon zweimal Gegenstand der Erörterung gewesen, einmal gelegentlich der ersten Lesung des Etats und dann in der Kommission für die Zuwachssteuer, in welcher der Antrag gestellt wurde, die Steuer aufzuheben, ein Antrag, der aber gegen wenige Stimmen abgelehnt wurde. Wenn die heutige Beratung zu einem praktischen Ergebnis führen soll, wird es jedenfalls ein anderes sein müssen, als die Interpellation sich vorstellt. Sie richtet einen Angriff gegen die Zündwarensteuer, läßt aber unberücksichtigt, daß die gegenwärtigen Schwierigkeiten auf einem ganz anderem Gebiete liegen, daß sie durch

die Auflösung des Zündholzsyndikats

hervorgerufen sind. Diese Auflösung hat eine wesentliche Verbilligung der Preise zur Folge gehabt, was ja vom Standpunkt der Konsumenten aus nicht gerade beklagenswert erscheint. Aber die Zündhölzindustriellen vermeinen, sich nicht damit abfinden zu können und beantragen daher bestimmte Schutzmaßnahmen. Es machte mir erst den Eindruck, als ob der Interpellant gegenüber der gedruckten Interpellation, wie der Jurist sagt, eine kleine Klageänderung vornehmen wollte, indem er die Aufhebung der Zündwarensteuer nicht am Anfang nannte, sondern mehr in der Mitte gruppierte. Er hat allerdings seine Rede mit einem energischen Appell auf Aufhebung der Zündwarensteuer geschlossen. Ich möchte demgegenüber darlegen, aus welchen Gründen der Herr Reichskanzler die Aufhebung dieser Steuer nicht wird verantworten wollen.

Ich halte es nicht für meine Aufgabe, das für und wider der Gründe, welche 1909 in die Wagschale geworfen worden sind, hier noch einmal abzuwägen, und damit gewissermaßen eine vierte Lesung jedes einzelnen der Reichsfinanzgesetze vorzunehmen. Ich möchte auch nicht auf eine Prüfung der Frage eingehen, welche der damals dissentierenden Parteien die Steuer abgelehnt hat, weil sie nicht in dem Gesamtrahmen erschien, den sie sich für die Gestaltung der neuen Steuern überhaupt vorgestellt hat. Aber auch für diese Partei wird folgende Erwägung nicht ohne Bedeutung sein.

Unsere Gesetze,

soweit sie auf wirtschaftlichem Boden sich bewegen, stehen unter dem schärfsten Gegensatz der Meinungen und Interessen. Dieser Meinungs- und Interessengegensatz macht sich regelmäßig geltend, nicht nur bei Entstehen des Gesetzes, sondern er zieht auch noch nach dem Zustandekommen in der Regel weite Kreise. Aber die Tätigkeit unserer Gesetzgebungsarbeit und unser Wirtschaftsleben erheischt gebieterisch, daß zwischen der Zeit vor und der Zeit nach dem Zustandekommen des Gesetzes ein Unterschied gemacht wird. Ist es im hohen Grade wünschenswert, daß bei Beratung des Gesetzes die Meinungen heftig aufeinanderprallen und miteinander ringen, so ändert sich die Sachlage, sobald die Entscheidung gefallen ist. Die Tatsache des Zustandekommens des Gesetzes enthält gleichzeitig die Forderung in sich, nunmehr praktisch zu erproben, ob die Voraussetzungen zutreffen, auf denen das Gesetz beruht. Man kann ein Gesetz nicht ohne weiteres mit der Wurzel wieder ausreißen, ehe es einmal Wurzeln geschlagen hat.

Jedem Gesetze muß eine Schonzeit gegeben werden,

in der es sich ein- und ausleben kann. Es würde in hohem Grade gefährlich sein, wenn man bereits im Anfang die Wirksamkeit des Gesetzes um deswillen stören wollte, weil der Meinungs- und Interessengegensatz fortdauert. Das läge auch gar nicht einmal im Interesse der betreffenden Erwerbszweige, wenn man sie in ihren Voraussberechnungen, mittels deren sie sich dem Gesetze anzupassen suchen, fortdauernd stören wollte, namentlich nicht, wenn man in ihnen Hoffnungen erwecken sollte, die sich nicht verwirklichen lassen. Diese Auffassung wird der Bedeutung eines endgültigen Beschlusses der Volksvertretung, mag er nun mit großer oder geringer Minderheit gefaßt sein, mehr gerecht als die gegenteilige, welche diese Bedeutung etwa nur dann anerkennen wollte, wenn der Beschluß der eigenen Meinung entspricht. Aber auch die Regierung hat die besondere Aufgabe, sich dafür einzusetzen, daß nicht Gesetze, die eine sorgfältig ausgearbeitete Durchführung erheischen und einen großen Apparat in Bewegung setzen, um deswillen zu ändern, weil sie Gegenstand prinzipieller Meinungsverschiedenheiten sind. Dies trifft in ganz besonderem Maße für Steuergesetze zu. Jedes Steuergesetz enthält einen Eingriff in Rechts- und Interessensphären, der vermieden werden würde, wenn nicht das Interesse der Allgemeinheit höher stände. Sind derartige Eingriffe an sich unerwünscht, weil sie notwendigermeise Nachteile immer mit sich bringen, so wäre es geradezu verhängnisvoll, wenn man mit ihnen experimentieren wollte. Der Vorteil unserer gegenwärtigen Finanzlage beruht zweifellos darin, daß wir die Ausgaben und Aufwendungen sowie die Einnahmen genau übersehen können. Sollten sie nun wieder durch Aufhebung dieser Steuer den Ueberblick erschweren, so wäre es mit der Aufhebung dieser Steuer noch nicht getan. Es muß Ersatz geschaffen werden. Das hat der Herr Vorredner ganz richtig anerkannt. Aber es genügt nicht, daß eine einzelne Partei erklärt, auf welchem Wege sie diesen Ersatz zu schaffen bereit wäre. Es ist gewiß das gute Recht jeder Partei, bei jeder sich darbietenden Gelegenheit die Grundsätze zu erörtern, nach denen sie Steuern zu bewilligen bereit sein würde. Aber hier handelt es sich um ein ganz bestimmt gegebenes Steuergesetz und hier ist es das Recht der Landesvertretung, Sicherheit zu verlangen, daß die Einnahmen aus dieser Steuer ihr zufließen. Diese Sicherheit bestände nicht mehr, wenn wir von einer Zündwarensteuer absehen würden. Wir hatten sehr große Mühe, um den Etat im Gleichgewicht halten zu können. Entbehren können wir diesen Posten unter keinen Umständen. Die Zündwarensteuer befindet sich in der Mitte ihrer Entwicklung. Ihre Ergebnisse müssen erst abgewartet werden. Sie würde früher in Ordnung gebracht worden sein, wenn ihr nicht ein ganz ungewöhnliches Maß von Leidenschaftlichkeit und Verstimmung entgegengebracht worden wäre. Diese Mißstimmung ist zum großen Teil darauf zurückzuführen, daß jedem einzelnen deutschen Reichsangehörigen das hier der Allgemeinheit zu bringende Opfer in vollster Unmittelbarkeit vor Augen geführt wurde. Kann diese Mißstimmung wohl eine bessere Charakterisierung erfahren, als durch die Ersatzmittel, die man für die Zündhölzer beschaffte? Ein amtlicher Bericht aus der neuesten Zeit besagt: Es bereitet dem Publikum eine freudige Genugtuung, wenn es die Zündwarensteuer mit Hilfe automatischer Zündung entgehen kann. Das geschieht vielfach mit dem vollen Bewußtsein, daß man sich dadurch ein erheblich größeres Opfer auferlegt, als durch den Gebrauch der mit Steuer belasteten Zündhölzer. Hier war es verführerisch, dem Fiskus zu zeigen, daß man seinen Steuerknissern zuvorkommen muß. Dabei sind auch unsere Hausfrauen nicht ganz unbeteiligt, die sich jedoch sonst keine Gelegenheit zu billigen Einkäufen entgehen lassen. Man hat bei dem Steuerzoll doch vielleicht nicht immer beachtet, daß schließlich die Zündwarensteuer doch ein Bestandteil unseres Gesetzwerkes geworden ist und daß somit auch diese öffentliche Last dazu dient, den großen Aufgaben des Reiches gerecht zu werden, eine Last, wie sie in anderen Ländern seit langem getragen wird.

Die in Frankreich bereits seit 1871 bestehende Zündholzsteuer erfordert pro Jahr und Kopf der Bevölkerung 60 Pfg. Bei uns beträgt die Belastung vorläufig nur 23 und sie wird im Beharrungszustande auf etwas mehr als 30 Pfg. steigen. Das bei Einbringung der Steuervorlage etwas ironisch behandelte Argument der Einschränkung des leichtsinnigen Umgehens mit Zündhölzern hat sich als durchaus richtig herausgestellt. Die Lage der in der Zündholzindustrie beschäftigten Arbeiter ist natürlich durch die Vorversorgung stark beeinflußt worden. Die Arbeiter erkennen das in ihren Eingaben selbst an. Die beschäftigungslos gewordenen Arbeiter haben aber im Baugewerbe und in der Landwirtschaft bereits wieder Verwendung gefunden. Man kann nicht davon sprechen, daß sie am Hungertuche nagen müssen. Soweit die Steuer in Betracht kommt, befinden wir uns noch im Uebergangsstadium. Die Zeitung der Zündholzindustriellen sagt selbst: Die jetzige Wiederaufhebung der Steuer würde die Industrie wirtschaftlich völlig ruinieren, den Zündholzhandel ausschalten und der Arbeiterschaft ihr Brot nehmen. (Hörtl Hört! rechts.) Die Zündholzindustrie ist der Meinung, daß der Vertrieb von Ersatzmitteln, Taschenfeuerzeugen, Gasanzündern, den Absatz der Zündhölzer schädigen und sie setzt diese Verdrängung ihrer Ware dadurch auf 10—12 Proz. jährlich an. In den Ländern, in denen wir die Zündholzsteuer haben, ist neuerdings allerdings auch gegen diese Ersatzmittel vorgegangen werden, so in Italien und Frankreich. Ich habe mir natürlich angelegen sein lassen, die Fabrikanten der Ersatzmittel selbst über diese Anregung eingehend zu hören. Diese bestreiten die Befürchtung der Zündholzindustriellen und schätzen ihre Konkurrenz für die Zündholzindustrie auf 2½ Prozent des Absatzes. Die Zündholzindustriellen sind nun für eine Art von Zwangssyndikat, das dem Reich im Anfang 18 Millionen und überhaupt bis zu 34 Millionen zahlen soll. Das ist nicht unerheblich mehr als die Steuer, aber es ist zu bezweifeln, ob nicht dem Syndikat bedeutende Unkosten erwachsen würden und ob der jetzige Preis ausreichen würde.

Im Kleinhandel unterbieten in Großstädten die Warenhäuser vielfach die Preise, die das Syndikat für Pakete zu zehn Schachteln auf 30 Pfg. festgesetzt hat, während die Warenhäuser in Berlin z. B. 25 Pfg. im Durchschnitt nehmen. Eine Aufhebung der Steuer aus diesem Gesichtspunkte kann nicht in Frage kommen, am allerwenigsten mit Rücksicht auf die kleinen Fabriken, die dadurch des Vorteiles des Kontingentes verlustig gehen würden. Wenn sich eine Krise in der Zündholzindustrie entwickeln würde, so würden zweifellos die kleinen Fabriken (!) eingehen oder in größere Betriebe aufgehen. Eine Aufhebung der Steuer würde den Konkurrenzkampf nur verschärfen und hierbei würden die kleinen Fabriken unterliegen." Ich gebe bereitwillig zu, daß der Staat hier zu besonderer Wachsamkeit verpflichtet ist aus Rücksicht auf die von der Steuer neuerdings betroffenen Industrie. Nur werden wir uns hüten müssen, auf vorübergehende Erscheinungen dauernde Entschließungen zu fassen.

Auf Antrag des Abg. **Dr. Müller-Meiningen** (Vp.) beschließt das Haus einstimmig, die Besprechung der Interpellation.

Graf **Oppersdorf** (Ztr.) stimmt dem Abg. Enders darin bei, wenn er die Zündholzersatzmittelsteuer und die Uebertragung der Kontingente eine bescheidene Forderung der Industrie genannt hat, erhebt aber dagegen Widerspruch, daß die Beseitigung der Zündwarensteuer das wirksamste Mittel zur Hebung der Kalamität ist. Es kann auch bei der gewaltigen Voreinfuhr, die ungefähr drei Milliarden Zündhölzer in das Land brachte, noch keine Sicherheit über das Ergebnis der Steuer bestehen, so daß eine solche radikale Forderung wie die Aufhebung der Zündwarensteuer gerechtfertigt wäre. Die Zündholzsteuer stammt aus liberalen Kreisen. Dr. Osann hat ausdrücklich vom Zündholzmonopol gesprochen. Die „Köln. Ztg." hat noch neulich dieses Verdienst des Dr. Osann hervorgehoben (Hört! hört! rechts.) Die Zündholzsteuer ist ein Kind der Linken (Widerspruch links), mindestens ein Adoptivkind.

Abg. Dr. **Osann** (ntl.): Wir beugen uns der Majorität des Reichstages und stellen uns auf den Boden der Zündholzsteuer. Wir wollen gern mit Hand anlegen, die entstandenen Mißstände zu beseitigen. Das Gesetz aufheben wollen wir nicht, denn wir stellen uns auf den Boden der realen Verhältnisse. Viel Schuld trägt die unrichtige Kontingentierung. Die Industriellen haben dieselben Interessen, wie die Arbeiter. Beiden muß geholfen werden. Noch ist das Ende der Krise nicht abzusehen. Von den 6000 in der Zündholzindustrie beschäftigten Arbeitern sind schon 2000 entlassen worden. (Hört! Hört!) Ein Ersatz der Zündholzsteuer durch die Erbschaftssteuer wäre auch für meine Freunde ein durchaus gangbarer Weg. Es ist aber fraglich, ob eine Majorität des Reichstages diesen Weg gehen wird und kann. Die Frage eines Reichsmonopols ist durchaus erwägenswert. Wir waren Gegner der Zündholzsteuer, trotzdem werden wir gern mithelfen, die Not dieser Industrie zu beheben. (Beifall bei den Natl.)

Abg. **Dr. Hahn** (kons.): Auch wir verkennen nicht, daß die Lage der Zündholzindustrie überaus mißlich ist. Es wäre besser, wenn es gelungen wäre, die Fabriken unter einen Hut zu bringen. Die außerhalb des Syndikats stehenden Fabriken haben Nutzen gezogen aus der Bildung des Syndikats. So mißlich nun auch die Lage dieser Industrie ist, so ist man in ihr doch einhellig der Meinung, daß es nicht recht möglich ist, die Besteuerung der Zündwaren wieder aus der Welt zu schaffen. Darum ist der Standpunkt des Staatssekretärs richtig. Es kann sich jetzt nur darum handeln, in der Budgetkommission Mittel und Wege zu finden, um die jetzigen traurigen Zustände zu erleichtern. Dahin gehört die gleiche Belastung der aus dem Auslande kommenden Ersatzmittel. Im übrigen ist das Prinzip der Kontingentierung richtig und an ihm festzuhalten. Mit besonderer Genugtuung habe ich vernommen, daß die Nationalliberalen die Steuer nicht wieder beseitigen wollen. Ich bin der Ueberzeugung, daß, wenn wir über alle Steuern der Finanzreform einzeln debattieren würden, jedesmal der nationalliberale Redner hier erklären würde, seine Partei denke nicht an die Aufhebung der betreffenden Steuer. Leider — sage ich — ist ja die Finanzreform ohne Mitwirkung der Nationalliberalen zustande gekommen. Das wird ihnen später noch sehr oft leid tun. (Na, na! bei den Nationalliberalen.) Wir haben vor zwei Jahren streng daran festgehalten: indirekte Steuern treten für abgelehnte indirekte Steuern ein, direkte für direkte; daher geht es nicht an, an Stelle der Zündholzsteuer die Erbschaftssteuer zu setzen. Herr Osann scheint ja mit seinen Freunden daran auch nicht zu denken.

Ein Vertagungsantrag wird angenommen.

Präsident Graf **Schwerin** schlägt vor, die nächste Sitzung am Mittwoch 1 Uhr abzuhalten, mit folgender Tagesordnung: Rest der heutigen Tagesordnung mit Ausnahme der Zündholzsteuerinterpellation, ferner der konservative Mittelstandsantrag.

Abg. **Singer** (Soz.) protestiert dagegen, daß keinem Vertreter der zweitgrößten Partei zur Zündholzsteuerfrage das Wort gegeben sei. Jetzt wolle man die Sache ad calendas graecas vertagen. Das ist weder loyal noch taktisch klug und macht das Maß des Zornes über den schwarzblauen Block voll. Das Volk wird bei den Wahlen darauf Antwort geben. (Beifall bei den Sozialdemokraten, Lachen rechts.)

Präsident Graf **Schwerin**: Die Feststellung der Rednerliste entspringt keiner tendenziösen Absicht. Dem Präsidenten steht nach der Geschäftsordnung allein das Recht zu, die Rednerordnung festzustellen. Ich habe demgemäß nach dem Stärkeverhältnis der Fraktionen den Rednern für und wider das Wort erteilt. (Abg. Singer: Dann müßten wir vor Osann kommen!) Wenn im übrigen das Haus morgen aber die Besprechung der Interpellation fortsetzen will, habe ich nichts dagegen.

Abg. Dr. **Müller**-Meiningen (Vp.): Wir sind damit einverstanden, daß die Aussprache über die Interpellation morgen fortgesetzt wird.

Abg. **Singer** (Soz.): Ich beantrage, diese Aussprache morgen als ersten Punkt auf die Tagesordnung zu setzen.

Präsident Graf **Schwerin** schlägt nun selbst vor, die Beratung an erster Stelle morgen fortzusetzen.

Schluß 7¼ Uhr.

Deutsches Reich.

Die Inhaltlosigkeit der Thronrede

geht wie ein einziger Vorwurf durch alle Besprechungen, die die politische Presse der gestrigen, vom preußischen Ministerpräsidenten verlesenen programmatischen Erklärung zur feierlichen Wiedereröffnung des preußischen Abgeordnetenhauses widmet. Wenn von einer „programmatischen" Bedeutung während der Ministerherrlichkeit des Herrn v. Bethmann überhaupt gesprochen werden kann! Herr v. Bethmann Hollweg denkt nicht daran, eine neue Wahlrechtsvorlage zu bringen, obwohl doch ein Kaiserwort seinerzeit gesagt hat, es handle sich hier um eine der wichtigsten Fragen der Gegenwart.

Von dem Standpunkte schwächlicher politischer Resignation aus ist das Programm der Thronrede zustande gekommen. Es baut einfach einige Steine weiter in den gesetzgeberischen Bau hinein, der auf verschiedenen Gebieten des Staatslebens seit Jahren begonnen worden ist. Es werden neue Eisenbahnlinien vorgesehen. Die innere Kolonisation soll fortgesetzt werden — ob mit besserem Erfolg gegenüber der Uebermacht des Großgrundbesitzes, das wird man ja sehen —, die Fortbildungsschulen werden vermehrt. Dazu tritt die Erledigung der in letzter Session unerledigt gebliebenen Vorlagen.

Neuere Momente treten nur hervor in der beabsichtigten Regelung größerer kommunaler Aufgaben, in der beabsichtigten Schaffung von Zweckverbänden, bei denen man aber erst die Einzelheiten der Vorlagen abwarten muß, um entscheiden zu können, ob hier wirklich zeitgemäße Reformen angestrebt werden. Von der ganzen Verwaltungsreform, die mit so großen Worten angekündigt war, ist bisher erst eine Vereinfachung der Geschäftsordnung für die Regierungen erreicht und ein Gesetzentwurf geplant, der auch im Rechnungswesen Vereinfachung bringen soll.

Sympathisch berührt der Hinweis auf die Notwendigkeit einer planmäßigen Ausgestaltung der Jugendpflege. Dieses Werk wird allenthalben des Beifalls sicher sein und hoffentlich modernen Ansprüchen entsprechend in Angriff genommen werden.

Wenn eingangs der Thronrede die Besserung der Staatsfinanzen gepriesen wird — so ist das natürlich mit Freuden zu begrüßen, nur daß es der Nachprüfung bedarf, wie weit hier wirklich an den Tatsachen gemessen diese Freude berechtigt ist. —

Die Inhaltlosigkeit der Thronrede wird die liberalen Parteien nicht hindern, Kapitel für Kapitel aus dem Schuldbuch der Regierung aufzuschlagen und Dinge aus der jüngsten Vergangenheit zur Sprache zu bringen, deren Erörterung zu passender Stunde — vor den Reichstagswahlen Klarheit schaffen wird, wie weit das konservative Regime in Preußen, das führenden Staate des Reiches, gediehen ist!

Der Entwurf über den Zweckverband Groß-Berlin kann zu interessanten Erörterungen führen und wird wohl wiederum den Großstadthaß der Landratskammer in hellem Lichte erstrahlen lassen. Die notwendige Erörterung der Tempelhoferfeld-Affäre, der Moabiter Prozesse und der Landratsprozesse Becker und Schröder dürfte zu vielleicht stürmischen Zwischenspielen Veranlassung geben. Der Kampf gegen Bureaukratie und Landratsübermacht wird der Fortschrittlichen Volkspartei eine Handhabe bieten, in die Schäden der preußischen Verwaltung hineinzuleuchten und auf die notwendigen Reformen hinzudrängen.

An den Gesinnungsgenossen draußen im Lande wird es sein, die Arbeit ihrer parlamentarischen Vertreter durch Vertrauen und Mitarbeit zu unterstützen.

Gegen die Telephonverteuerung.

Aus Köln wird uns gemeldet:

Zur Frage der neuen Fernsprechgebührenordnung hat auch der Vorstand des Börsenvereins der Häute-, Fell- und Lederbranche für Rheinland und Westfalen Stellung genommen und einstimmig beschlossen, den Entwurf auf das entschiedenste zu bekämpfen, da er einen handelsfeindlichen Gedanken habe. Der Verein riet einen Zusammenschluß von Handel, Gewerbe und Industrie zu dem Zweck an, den Gesetzentwurf zu Fall zu bringen.

Die Politik der Nadelstiche.

Wie seit zwei Jahrzehnten, so hatte die Polizeibehörde in Hamburg der Sozialdemokratie auch im vergangenen Jahre den Maiumzug durch bestimmte Straßen der Stadt erlaubt. Die Veranstalter hatten die Absicht, den Zug an der Gastwirtschaft „Forsthof" enden und sich auflösen zu lassen. Diese von Hamburger Kleinbürgern und Arbeitern stark besuchte Gartenwirtschaft liegt nun aber nicht mehr auf Hamburgischem, sondern schon auf preußischem Gebiet, und zwar ist sie nur etwa 30 Schritte von der Grenze entfernt. Aus diesem Grunde mußte auch die Genehmigung der zuständigen preußischen Verwaltungsstelle eingeholt werden, wofür der Amtsvorsteher in Poppenbüttel in Frage kam. Er fand denn auch zunächst nichts dagegen zu erinnern, daß der Maizug sich die paar Schritte auf preußischem Gebiet fortbewege, um das Ziel zu erreichen. Er brauchte um so weniger Bedenken zu hegen, als tatsächlich die jahrzehntelangen Hamburgischen Erfahrungen bewiesen hatten, daß die Maiumzüge ruhig und ordentlich zu verlaufen pflegen und niemand weiter stören.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19110111017/fragment/page=0002

Wider Erwarten zog dann aber der Amtsvorsteher seine Genehmigung zurück, und als er dann gebeten wurde, wenigstens im „Forsthof“ eine Versammlung unter freiem Himmel zuzulassen, verzagte er auch dies unter dem Hinweis, daß durch die Menschenansammlung der öffentlichen Sicherheit in der benachbarten kleinen Gemeinde Steilshop Gefahr drohe. Eine Beschwerde beim Landrat und des weiteren beim Regierungspräsidenten blieb erfolglos. Die Veranstalter des Umzuges klagten sodann beim preußischen Oberverwaltungsgericht und vertraten hier ihre Sache im wesentlichen mit der Begründung, daß es früher niemals zu Störungen gekommen sei und daß, für den vorliegenden Fall, die rein abstrakte Erwägung der Möglichkeit einer Gefahr für die öffentliche Sicherheit ohne Rechtsboden sei, da nach § 7 des Reichsvereinsgesetzes Tatsachen greifbarer Natur vorliegen müßten, aus denen sich nach vernünftigem Ermessen die nahe Möglichkeit einer Verwirklichung der Gefahr folgern lasse. Das Oberverwaltungsgericht gab denn auch der Klage in vollem Umfange nach, hob den Beschwerdebescheid des Regierungspräsidenten auf und setzte das Verbot des Amtsvorstehers außer Kraft, indem es hervorhob, die Behörde habe keinerlei Belege dafür erbracht, daß eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit zu besorgen gewesen sei. Als seinerzeit das dreisache Verbot der angerufenen Verwaltungsbehörden gegen die Berührung preußischen Gebietes in einer Ausdehnung von knapp 15 Meter ergangen und mit einer Gefahr für die öffentliche Sicherheit begründet worden war, fühlten sich hierdurch gerade die zuverlässigsten nationalen Kreise peinlich berührt, denn man sah allgemein voraus, daß dieses Verbot, dessen Anfechtung von der Sozialdemokratie frohlockend angekündigt wurde, nicht aufrecht zu erhalten war und notwendig vor dem Oberverwaltungsgericht mit einer Niederlage der Verwaltung und demgemäß mit einem Triumph der Genossen endigen müßte. So ist es denn auch gekommen, und die sozialdemokratische Presse läßt sich den neuen Agitationsstoff unter gehöriger Unterstreichung der gegen die Sozialdemokratie angewandten Politik der Nadelstiche und der daraus erwachsenen „preußischen Polizeiblamage“ nicht entgehen. Mußte das wieder einmal sein?

Parteinachrichten.

Bielefeld, 11. Jan. Der Landtagsabgeordnete Meyer-Bielefeld ist gestorben. Herr Meyer, ein angesehener Handwerksmeister in Bielefeld und Vorsitzender der dortigen Handwerkskammer, war Mitglied der konservativen Fraktion. Sein Tod macht eine Landtags-Ersatzwahl in Bielefeld nötig, die den Konservativen das Mandat kosten könnte.

Schule.

Aus Anhalt, 11. Jan. Die herzogliche Schulregierung hat eine für alle Schulen des Landes gültige, modernen Forderungen Rechnung tragende Verfügung erlassen. Danach sollen alle Kinder, deren Schulpflicht mit dem Ostertermine endigt, ohne Rücksicht auf das Ende des Schuljahres dann schon mit Ablauf des Monats März aus der Schule entlassen werden, wenn sie zu Anfang April in einen praktischen Beruf eintreten wollen. Aus der Fassung der Verfügung geht hervor, daß sie nicht nur für das laufende Schuljahr, sondern künftig überhaupt gültig sein soll.

Heer und Flotte.

× Bei der Beratung des Militäretats 1910/11 ist im Reichstag der Wegfall einer der beiden Jahreskontrollversammlungen der jüngeren Mannschaften des Beurlaubtenstandes angeregt worden. Im Verfolg dieser Anregung hat das preußische Kriegsministerium eine Umfrage bei sämtlichen Armeekorps veranstaltet. Die von den kommandierenden Generälen eingegangenen Gutachten, die der „Mil.-pol. Korr.“ zufolge recht widersprechender Art sind, werden dem Kriegsminister zur Unterlage seiner Ausführungen bei erneuter Behandlung der Frage in der Budgetkommission und im Plenum dienen. Im allgemeinen scheint bei der Heeresverwaltung nicht viel Neigung zu bestehen, dem Wunsche des Reichstages nachzukommen und von der bisher erfolgreich geübten Praxis zweier jährlicher Kontrollversammlungen für die Reservisten abzugehen.

Ausland.

Verbrecherische Pläne des Prinzen Georg?

Serbische Umtriebe gegen Oesterreich.

In Belgrad wurde vor einigen Monaten, wie die „Voss. Ztg.“ meldet, ein Waffenschmied namens Büchele ausgewiesen. Er ist ein gebürtiger Belgrader, aber in Wien heimatberechtigt. Die Ausweisung erfolgte, obgleich sich der Prinz Georg, dessen Intimus Büchele ist, dagegen ins Zeug gelegt hatte. Büchele blieb seitdem in Semlin. Dieser Tage brachten Belgrader Blätter die Meldung, der Polizeichef Dr. Spieß in Semlin habe den Büchele im Auftrage des Belgrader österreichisch-ungarischen Gesandten Grafen Forgach oder gar des Ministers des Aeußern Grafen Aehrenthal veranlaßt, zwei Protokolle zu unterschreiben. In dem einen dieser Protokolle soll Büchele erklärt haben, daß Prinz Georg einem gewissen Jepranewitsch 6000 Franken übergeben habe, damit er eine hohe Persönlichkeit (die Blätter behaupteten, es handle sich um Kaiser Franz Josef) durch einen Bombenanschlag beseitige. Das zweite Protokoll soll die Aussage des Büchele enthalten haben, daß er auf Veranlassung des Prinzen Georg einem gewissen Pribitschewitsch zu politischen Zwecken 20 000 Franken ausgefolgt habe. Hierzu wird aus Belgrad gemeldet:

Belgrad, 10. Jan. Ein Mitarbeiter der hiesigen „Tribuna“ hatte eine Unterredung mit dem Semliner Polizeichef Dr. Spieß, der ihm sagte, er habe mit Büchele nur am Tage vor dessen Ausweisung aus Belgrad von Amts wegen gesprochen, habe keine Schriftstücke von ihm in Empfang genommen und sich nur darauf beschränkt, ihn zu beobachten. „Ich habe mich“, sagte Dr. Spieß dann, „persönlich davon überzeugt, daß Prinz Georg dreimal des Nachts mit einem Kahne auf unseren Boden hinüberfuhr und den Büchele nach Belgrad mitnahm.“ Die Aussage des Dr. Spieß macht in Belgrad außerordentliches Aufsehen. Man glaubt, daß Prinz Georg wieder in eine peinliche Affäre verwickelt werden wird.

Ergänzend wird noch mitgeteilt, daß schon seit längerer Zeit die österreichischen Behörden genau unterrichtet gewesen sein sollen über allerhand recht gefährliche, von „ganz besonderer Seite“ begünstigte serbische Umtriebe, die sich in der Tat gegen eine „hohe Persönlichkeit“ gerichtet haben sollen, allerdings nicht, wie jetzt erwähnt wird, gegen den Kaiser Franz Josef, sondern gegen den österreichischen Thronfolger Erzherzog Franz Ferdinand anläßlich seines Besuches am rumänischen Hofe. Dieser Besuch fand im Juni 1909 statt. Man soll rechtzeitig auf die Spuren eines verbrecherischen Planes gestoßen sein, so daß man umfassende Vorsichtsmaßregeln habe treffen können. Der Erzherzog Franz Ferdinand blieb mit seiner Gemahlin mehrere Tage im rumänischen Königsschloß Pelesch bei Sinaia und kam nicht nach Bukarest, was damals allgemein auffiel, ohne daß man eine Erklärung dafür fand. Da jetzt diese Angelegenheit in Fluß zu geraten scheint, hört man vielleicht bald Bestimmteres darüber von österreichischer oder rumänischer Seite.

Das dänische Heer.

√ Aus Kopenhagen wird gemeldet:

Wie verlautet, trägt sich der Verteidigungsminister mit dem Plane, binnen kurzem eine Mobilisation des dänischen Heeres vorzunehmen; von den Reserven sollen die letzten fünf Jahrgänge einberufen werden. Mit dieser Mobilisation soll namentlich die Zweckmäßigkeit der neuen Landesverteidigungsordnung und ihre Wirkung auf die Schlagfertigkeit des Heeres im Kriegsfalle erprobt werden.

Kommander Sims.

Die Taktlosigkeit, die Kapitän Sims als Vertreter der amerikanischen Nation bei dem letzten Flottenbesuch in England, wie gemeldet, gegen Deutschland begangen hat, soll durch einen amtlichen Rüffel des Präsidenten Taft geahndet werden. Hierüber wird gemeldet:

New York, 10. Jan. Wie der „New York Times“ aus Washington gemeldet wird, hat der Präsident Taft den Entwurf eines Schreibens vollendet, das dem Kommander Sims für seine Rede in der Guildhall eine Zurechtweisung erteilt. Der Entwurf wird das Kabinett in seiner nächsten Sitzung beschäftigen. Dem Vernehmen nach ist der Wortlaut mit Sorgfalt abgefaßt worden, um zu vermeiden, daß die öffentliche Meinung in Deutschland und England verletzt wird.

Gegen die streitbare Kirche.

§ Aus Paris wird gemeldet:

Der unabhängig sozialistische Abgeordnete von Lyon, Augagneur, beabsichtigt, an den Ministerpräsidenten die Anfrage zu richten, unter welchen Bedingungen dem Klerus die Kirchen, die er zu Angriffen gegen die republikanische Partei mißbrauche, zur weiteren freien Verfügung belassen werden sollen. Augagneur will besonders auf ein letzten Sonntag von den Kanzeln verlesenes Schriftstück hinweisen, in welchem die Bischöfe den Katholiken das Lesen einzelner republikanischer Blätter verbieten.

Der Haager Friedenspalast.

Aus Rotterdam wird gemeldet: Der Haager Friedenspalast wird im Jahre 1913 eröffnet. Die festliche Weihe des Palastes fällt in die Zeit, wo Holland die Jahrhundertfeier seiner Losreißung von Frankreich und seiner Unabhängigkeitserklärung begeht. Gleichzeitig wird im Haag eine große internationale Landwirtschaftsausstellung veranstaltet werden.

Die Moabiter Straßenkrawalle vor dem Schwurgericht.

(Zweiter Verhandlungstag.)

S. & H. **Berlin**, 10. Januar 1911.

Nach Eröffnung der heutigen Sitzung durch den Vorsitzenden Landgerichtsdirektor Unger wird die Vernehmung der Angeklagten fortgesetzt. — Der Angeklagte Hans Rode, 20 Jahre alt, bekundet auf Befragen, daß er dreiviertel Jahre Tischler gelernt habe und dann aus der Lehre gelaufen sei. Ende 1905 kam er nach Berlin, ging aber bald nach Hamburg und kam 1908 von dort zurück, um wieder hier Arbeit zu nehmen. Am 27. September arbeitete der Angeklagte am Alexanderplatz bis abends ½8 Uhr und begab sich dann nach seiner Wohnung in der Waldstraße. Unterwegs traf er auf eine Schutzmannskette, die ihn nicht durchlassen wollte, obwohl er erklärte, daß er nach seiner Wohnung müsse. Ein Schutzmann rief dabei seinen Kollegen zu: der sieht auch so aus, als ob er eine vor den Bauch kriegen sollte. Schließlich wurde der Angeklagte aber doch durchgelassen. Als er in seiner Wohnung ankam, traf er dort ein Fräulein Franke, die ihm sagte, sie könne nicht nach Hause, weil Schutzleute vor der Tür ständen. Da die Straße, wie er wußte, von Schutzleuten frei war, begleitete der Angeklagte das Mädchen in seine Wohnung Waldstraße 12. Dort fand er den Friseur Haase auf der Treppe liegen, der eine zweifingertiefe Wunde am Kopf hatte. Der Angeklagte bemühte sich um den Verwundeten und wusch ihm das Blut ab. Als er wieder nach Hause gehen wollte, schlugen ihn Kriminalbeamte mit Stöcken über den Arm. — Vors.: Woher wissen Sie, daß es Kriminalbeamte waren? — Angekl.: Sie sahen so aus, und andere Leute schlagen doch auch nicht mit einem Stock. Der Angeklagte ging dann wieder nach Hause und kam um ½11 Uhr nochmals vor die Tür. Dort standen seine Mitangeklagten Albrecht, Marquardt, Minor und Scharfenberg. Die Straße kam eine Menschenmenge herauf, die lärmte. — Vors.: Sie hatten einen Revolver bei sich? Angekl.: Ja, den trug ich aber schon lange bei mir. Vors.: Was machten Sie damit? Angekl.: Ich habe den Revolver an Minor gegeben. Vors.: Und weshalb? Angekl.: Minor wollte ihn haben und ich wollte ihn los sein. Vors.: Was hat Minor damit getan? Angekl.:

Er hat zweimal geschossen, aber niemanden getroffen,

denn es war niemand auf der Straße. — Staatsanwalt Porzelt: Wie kommt es, daß der Angeklagte in der Voruntersuchung nichts davon gesagt hat, daß er von einem Kriminalbeamten geschlagen worden sei? Angekl.: Ich habe es gleich bei meiner Verhaftung gesagt. R.-A. Heinemann: Ich bitte den Angeklagten zu befragen, ob er vielleicht deswegen angenommen hat, daß der nicht uniformierte Mann, der ihn schlug, ein Kriminalbeamter war, weil dieser mit uniformierten Schutzleuten gesprochen hat. Wir werden im Laufe der Verhandlung eine ganze Reihe von Mißhandlungen durch Kriminalbeamte nachweisen und daher ist diese Feststellung nötig. Angekl.: Der betreffende Mann ging an vier Schutzleuten vorüber. Vors.: Also hat er doch nicht mit ihnen gesprochen. R.-A. Heinemann: Ist der Angeklagte etwa zu dem ihm zur Last gelegten Schimpfen gereizt worden? Angekl.: Ein Kind von 11 Jahren war von Schutzleuten mit dem Säbel über die Stirn geschlagen worden und darüber war ich empört.

Der folgende Angeklagte Arbeiter Albrecht, ebenfalls 20 Jahre alt, wohnte in der Waldstraße und hat am 27. September abends mit Minor und Scharfenberg mehrere Restaurants besucht. Gegen 10 Uhr trafen sie mit Rode zusammen. Der Angeklagte gibt zu, mit einem Stein nach einer Laterne geworfen zu haben. Er habe aber nicht getroffen. Die Laterne habe dann Rode entzweigeworfen. — Vors.: Haben Sie gesehen, daß Minor geschossen hat? Angekl.: Ja, aber nur in die Luft. Vors.: Scharfenberg soll zu Ihnen gesagt haben: Na, Jungens, und darauf sollen Sie mit dem Stein geworfen haben. — Der Angeklagte gibt das zu.

Der Angeklagte Albrecht behauptet weiter, daß mehrere Kriminalbeamte Minor und Scharfenberg in den Hausflur zurückgeschlagen hätten. — Vors.: War denn eine Menschenmenge da, als geschossen wurde und als Sie mit dem Steine warfen? Angeklagter: Nein, die Straße war ganz leer. R.-A. Rosenfeld: Ich bitte den Angeklagten zu befragen, ob die Kriminalbeamten die Aufforderung ergehen ließen, ins Haus zurückzutreten oder ob sie gleich zuschlugen? Angekl.: Die Beamten sind gleich auf uns zugekommen und haben geschlagen und zwar mit Stöcken; Minor hatte sofort einen dicken Arm. R.-A. Rosenfeld:

Woher wissen Sie, daß es Kriminalbeamte waren?

Angekl.: Andere Leute haben doch nicht mit Stöcken.

Der Angeklagte Marquardt ist am 1. Januar 1911 erst 18 Jahre alt geworden, er gehörte also zurzeit der Straftat noch zu den Jugendlichen. Auf Befragen gibt er zu, daß er mit den beiden Vorangeklagten gegen 11 Uhr zusammengekommen sei. Rode habe ihm dabei erzählt, daß er die Laterne vor dem Hause Waldstraße 44 eingeworfen habe. Scharfenberg gab ihm darauf einen Stein und er warf damit eine andere Laterne entzwei. — Der Offizialverteidiger des Angeklagten, R.-A. Jacobi beantragt hierauf die Haftentlassung des Angeklagten Marquardt. Dieser sei zurzeit der Straftat erst 17 Jahre alt gewesen und gehöre gesetzlich nicht vor das Schwurgericht. Die Tat selbst stelle sich als Dummerjungenstreich dar. Er sei auch nicht vorbestraft und stamme von achtbaren Eltern ab, die politisch nicht verdächtigt seien; der Vater sei Mitglied eines Kriegervereins. Der Verteidiger begründet den Zeitpunkt zur Stellung dieses Antrages damit, daß sich sonst das Bild des Angeklagten beim Gerichtshofe verwischen könnte. — Der Vorsitzende erwiderte, daß das nicht der Fall sein werde. Vert.: Es sind achtzehn Angeklagte, da könnte sich das Bild schon verwischen. Vors. (scharf): Nein, da muß ich das Gericht in Schutz nehmen,

das Bild kann sich nicht verwischen.

Staatsanwalt Porzelt widerspricht dem Antrage auf Haftentlassung. Der Angeklagte habe sich unter der Clique befunden, aus der geschossen wurde. — Nach kurzer Beratung verkündet der Vorsitzende, daß der Gerichtshof sich die Beschlußfassung über die Haftentlassung vorbehalte, es könne erst im Laufe der Beweisaufnahme darüber beschlossen werden. —

Der Angeklagte Scharfenberg wohnt in der Waldstraße und traf am 27. September mit den anderen Angeklagten zusammen. Er bestreitet entschieden mit Steinen geworfen zu haben, er habe nicht einmal einen Stein in der Hand gehabt und auch Marquardt keinen Stein zugesteckt. Der Angeklagte hat Menschenansammlungen beobachtet, die von einer Schutzmannsseite vorwärts getrieben wurde. Die Schutzleute schlugen alles mit Säbeln nieder, auch Frauen und Kinder. Darauf wurde aus der Menge ein Stein auf die Schutzleute geworfen. — R.-A. Rosenfeld: Haben die Frauen und Kinder Widerstand geleistet? Angekl.: Nein. Wer eben nicht schnell genug fortkam, bekam etwas mit dem Säbel ab. Der Verteidiger des Angeklagten Marquardt, R.-A. Jacobi bittet den Angeklagten Scharfenberg zu fragen, ob er nicht seine Nichte Erna Scharfenberg zur Polizei geschickt habe, um anzuzeigen, daß Marquardt mit Steinen geworfen habe. Tatsächlich ist auf eine solche Anzeige hin, die sich bei den Akten befindet, Marquardt verhaftet worden. Angekl. Scharfenberg: Davon weiß ich nichts, daß meine Nichte auf der Polizei war.

Der Angeklagte Minor war früher Seiler und zuletzt bei Ludwig Löwe u. Co. als Arbeiter beschäftigt. Er wurde am 27. September von einem Kriminalbeamten mit einem Stock über den Arm geschlagen. Kurz darauf traf er Rode, der ihm seinen Revolver zeigte. In der Aufregung über den Schlag sagte er zu Rode, er solle ihm den Revolver geben. Rode erwiderte, er wolle erst laden. Nach ein paar Minuten kam Rode wieder, gab ihm den Revolver und sagte, es seien drei Schüsse darin. Der Angeklagte will dann zweimal in die Luft geschossen und die dritte Patrone herausgenommen haben. Vors.: Warum haben Sie überhaupt geschossen? Angekl.: Ich war über die Mißhandlung aufgeregt. Ein Mann aus der Waldstraße 43 sagte zu mir: du hast einen Revolver und traust dich nicht zu schießen. — Staatsanw. Porzelt: Ist nach dem ersten Schuß ein Schutzmann gekommen? Angekl.: Nein. R.-A. Jacobi: War der Angeklagte Marquardt angetrunken? Angekl.: Ja, er war stark angeheitert.

Damit ist die Vernehmung der Angeklagten beendet und es tritt die Mittagspause ein.

Halle und Umgebung.

Halle, den 11. Januar.

Ausbildung im Werkunterricht.

Der Deutsche Verein für Knaben-Handarbeit veranstaltet in diesem Jahre wiederum zwei Kurse zur Ausbildung im Werkunterricht am Seminar zu Leipzig, die am 28. Febr. und 4. Juli beginnen und je 4 Wochen dauern. Diese Kurse bezwecken die Einführung in die Theorie und Praxis des Werkunterrichts und die Einübung der einfachsten Handbetätigungen, soweit diese als methodisches Hilfsmittel für den Schulunterricht in der Klasse betrieben werden können. Diese Handbetätigungen umfassen Tonformen, Arbeiten in Papier, Karton und Pappe und einfachste Holzarbeiten. Die zur Wahl gestellten Arbeitsfächer der technischen Kurse sind Papparbeit, leichte Holzarbeit, Hobelbankarbeit in zwei verschiedenen Lehrgängen, Holzarbeit für ländliche Schülerwerkstätten, Schnitzen, Modellieren, Metallarbeit, Herstellung von Lehrmitteln und Glastechnik. Anmeldungen, die bis zum 1. Febr. oder 1. Juni erfolgen müssen, sind an den Direktor der Anstalt, Seminardirektor Dr. Papst in Leipzig, Scharnhorststr. 19, zu richten, von dem auch weitere Seminarprogramme kostenfrei bezogen werden können.

Aus der Domgemeinde. Im Calvin-Verein, der sich Donnerstag, den 12. dss. M., abends 8½ Uhr, im „Kronprinzen“ versammelt, wird Herr Magistratssekretär a. D. Scheeler persönliche Erinnerungen an drei Feldzüge zu mBesten geben. Hernach wird der Vorsitzende Herr Konsistorialrat Josephson Mitteilungen aus dem Gemeindeleben machen, an die sich ein Austausch über wichtige Aufgaben der Zukunft schließen wird. Die Männerwelt wird zu regem Besuch gebeten.

Das Bühnengenossenschaftsfest am 1. Februar in den Kaiersälen. Das Komitee des „Gaukerfestes in guter alter Zeit“ befindet sich im Café Monopol, woselbst täglich zwischen 5 und 6 Uhr nachmittags Auskünfte erteilt und Anmeldungen von Gruppen und Aufzügen beim Fest entgegengenommen werden. — Ein ungenannter Spender hat der hiesigen Bühnengenossenschaft soeben dreihundert Mark übermittelt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19110111017/fragment/page=0003

-wl- **„Die Landschaftsmalerei in alter und neuer Zeit".** Die 7 Vorträge, die Herr Prof. Dr. Adolf Goldschmidt über dieses Thema alldienstaglich um 6½ Uhr im Auditorium maximum der Universität halten wird, nahmen gestern vor sehr gut besuchtem Saale ihren Anfang. An der Hand zahlreicher Lichtbilder sprach in seiner beliebten populären Weise Herr Prof. Goldschmidt über das allgemeine Wesen alter und moderner Landschaftsbilder. Wir werden den Vortrag selbst in unserer nächsten Nummer ausführlich bringen.

Brigadeverein ehem. 26er und 66er zu Halle a. S. und Umgegend. Die nächste Monatsversammlung findet am 12. d. M., 9 Uhr abends im Restaurant „Franziskanerhalle", Gr. Märkerstraße, statt. Ehemalige Angehörige der Infanterie-Regimenter Nr. 26 und 66 und solche, die bei diesen Regimentern geübt haben und dem Verein noch fernstehen, sind willkommen.

Provinzial-Nachrichten.

Die Fischerei-Interessenten.

+ **Jena**, 8. Jan. Die Fischereiberechtigten der Saale und zum Teil auch der Elbe sind mit dem hiesigen Stadtgemeindevorstand schon seit längerer Zeit in eine Differenz geraten und haben letzteren zur Zahlung eines Schadens verklagt, den sie im Jahre 1909 durch ein großes Fischabsterben erlitten haben. Jenes Fischabsterben soll nach den Behauptungen der Fischereiberechtigten ihre Ursache darin haben, daß man beim Abbruch eines Gasometers der hiesigen alten städtischen Gasanstalt, dessen Wasser ungeklärt der Lache — ein Abweig der Saale — hat zufließen lassen. Der Gemeindevorstand gibt zu, daß das Wasser ungeläutert direkt diesen Gewässern zugeleitet worden ist, kann aber darin eine Gefahr für die Fische nicht erkennen und bestreitet die Schuld, eine Ursache des Fischabsterbens gegeben zu haben. Die Ansprüche der Fischereiberechtigten sind keine geringen, da man selbst noch in der Elbe bei Magdeburg Wahrnehmungen von den Schäden des vergifteten Saalewassers machen zu können geglaubt hat. Der Prozeß steht noch in erster Instanz vor dem Landgericht in Weimar. Es sind aber bereits Vergleichsvorschläge gemacht worden und es ist sehr wahrscheinlich, daß die Angelegenheit auf diesem Wege geregelt wird. Die Stadtverwaltung ist ohnedies durch eine Haftpflichtversicherung gedeckt.

Die Fischereiberechtigten aber wollen nun, um in Zukunft bei ähnlichen Vorkommnissen gewappnet zu sein, sich zusammenschließen und einen Verein der Fischereiberechtigten der Saale und ihrer anliegenden Gewässer gründen, dessen Sitz in Jena sein soll.

Häßliche Konkurrenz.

Göttingen, 8. Jan. Wegen eines angeblichen Diebstahls im Werte von etwa einem halben Pfennig fand gestern vor dem hiesigen Schöffengericht eine Verhandlung statt.

Angeklagt war der Ingenieur Hans Lesch, Mitinhaber der Göttinger Präzisionsmagenfabrik, G. m. b. H., der beschuldigt war, ein der Firma Wilhelm Sartorius gehöriges Kuvert „gestohlen" zu haben. Die Anzeige war die Folge eines heftigen Konkurrenzkampfes, den die ältere Firma Wilhelm Sartorius entfacht hat, deren früherer Konstruktionsingenieur der Angeklagte Lesch war. Der Ingenieur Lesch hatte festgestellt, daß die Firma Sartorius Drucksachen hatte anfertigen lassen, die denen seiner Fabrik täuschend ähnlich nachgemacht waren. Er vermutete unlautere Geschäftsmanipulationen, und, um dies vor Gericht zwecks Verhinderung der ihn bekannt gewordenen Absicht der Firma Sartorius, sich eine der seinen ähnlich klingenden Firma eintragen zu lassen, beweisen zu können, reichte er dem Gericht ein Kuvert ein, das dem von ihm entworfenen Aufdruck seiner Firma täuschend ähnelte. Den Umschlag hatte er sich von einem Buchdrucker ausgebeten, was dieser auch vor Gericht bezeugte.

Der Staatsanwalt beantragte selbst die Freisprechung, die dann auch erfolgte.

Auf der Suche nach den Platindieben.

(!) **Göttingen**, 8. Januar. Die Ermittelungen gegen die Platindiebe, die bekanntlich am 23. November 1910 im hiesigen chemischen Laboratorium Platingegenstände im Werte von 16 000 Mk. erbeuteten, haben inzwischen das Ergebnis gezeitigt, daß als Täter vermutlich ein gewisser Ricardo Zanon aus Turin, etwa 28 Jahre alt, und sein 24 Jahre alter Landsmann Viktoria Starano in Frage kommen. Der Helfershelfer der beiden ist wahrscheinlich ein Mann, der sich Dr. Bergmann nannte und durch den Fernsprecher feststellte, daß der Leiter des Laboratoriums, Geheimrat Wallach, nicht anwesend war. Die Ermittelungen werden auch von der Berliner Polizeibehörde eifrig unterstützt.

Louis Schönherr †.

Chemnitz, 10. Jan. Hier ist der Begründer der sächsischen Webstuhlfabrikation, Louis Schönherr, ein hervorragender Erfinder von Webereimaschinen, 93 Jahre alt, gestorben.

Nietleben, 9. Januar. (Wegen verschmähter Liebe) brachte sich die 23jährige L. in die Schläfe einen Schrotschuß bei. Der Schuß wirkte indes nicht tödlich, wenngleich die Verwundung ziemlich schwer ist.

Delitzsch, 9. Jan. (Falsches Geld.) Seit einiger Zeit sind in Delitzsch falsche 1- und 2-Markstücke in großer Zahl im Umlauf. Auf dem hiesigen Postamt wurden allein an einem Tage fünf derartige Falsifikate beanstandet.

Lützen, 9. Jan. (Ein bedauerlicher Unglücksfall) ereignete sich gestern nachmittag in der Promenade. Dort vergnügten sich mehrere Kinder mit Schlittenfahren, wobei der 12jährige Schüler Fritz Schatz von einem anderen Schüler zu Boden geworfen wurde. Der Knabe fiel so unglücklich daß ihm der eine Arm zweimal gebrochen wurde.

— **Osterfeld**, 9. Jan. (Hufschlag.) Ein recht bedauerlicher Unglücksfall betraf den ca. 14 Jahre alten Stiefsohn des Handelsmannes Kretzler. Letzterer wollte ein Pferd an einen Schlitten spannen und legte dem Pferde ein Schellengeläute an. Während der Vater noch einen Riemen herbeiholte, hält der Stiefsohn das Pferd am Kopfe. Durch das Schellengeläute wird das Pferd unruhig und zerschlägt dem Knaben mit einem frisch aufgeschlagenen Vordereisen eine Gesichtshälfte.

Erfurt, 9. Jan. (Eine Millionen-Erbschaft.) Einem in der Nähe von Erfurt stationierten Gendarmeriewachtmeister ging der „Thür. Ztg." zufolge die Mitteilung zu, daß er von einem in Holland verstorbenen Verwandten gegen eine Million geerbt habe.

Jena, 9. Jan. (Fleischbezug.) Heute vormittag erhielt die Firma Carl Zeiß bereits die zweite Sendung prima Ochsenfleisch von 5500 Pfund aus Dänemark, wovon 4000 Pfund den Geschäftsangehörigen der Firma Zeiß und 1500 Pfund den Geschäftsangehörigen der Firma Schott u. Gen. zugekommen sind. Die Preise sind folgende: 1 Pfd. Kochfleisch 65 Pfg., 1 Pfd. Bratenfleisch 75 Pfg., 1 Pfd. Lende 85 Pfg., 1 Pfd. Gehacktes 75 Pfg., 1 Pfd. Talg 45 Pfg., 1 Pfd. Knochen 15 Pfg.

)(**Eisenach**, 9. Jan. (Der vermißte Einjährige Fuchs) von der 7. Kompagnie des hiesigen Infanteriebataillons, der am 3. Weihnachtsfeiertag abends von seiner Heimatsstadt Schmalkalden in Zivilkleidern abgereist ist, ohne bis jetzt in seiner Garnison Eisenach eingetroffen zu sein, wird nunmehr vom Regiment wegen des Verdachts der Fahnenflucht steckbrieflich verfolgt. Fuchs ist 24½ Jahre alt und Referendar.

□ **Radeberg**, 8. Jan. (Ein heiteres Erlebnis) eines hiesigen Einwohners wird jetzt bekannt. Kommt da ein strohverwitweter Einwohner nach froh verlebten Feiertagen bei den auswärts wohnenden Angehörigen nachts vom Bahnhof und steuert in fidelen Gedanken an die eben verlebten gemütlichen Festtage seinem Heim zu. Doch o Schreck! In der verwaisten Wohnung ist Licht. — „Das sind Einbrecher und nichts anderes", ist der erste Gedanke, und wie immer war auch hier die Polizei sofort zur Stelle. Der Jünger der heiligen Hermandad bestätigte, beglückt über den seltenen Fang „in flagranti", den schrecklichen Verdacht, und nun ging es auf leisen Sohlen mit gezückter Waffe hinauf in die gefährdeten Räume. Doch nichts rührt sich, nicht ein Laut. Leise wird die Tür zu dem erleuchteten Zimmer geöffnet — — „ach du heiliger Sebastian, jetzt habe ich vergessen, die Gaslampe vor den Feiertagen auszudrehen", entfleucht es nun erkenntnisvoll dem erschrockenen Strohwitwer.

Ordens-Auszeichnungen. Der Kaiser hat verliehen: dem Mechaniker Ludwig Lamps, dem Schlosser Adolf Hischer, dem Glaser Hermann Carl, den Gelbgießern Julius Koch und Julius Loska, sämtlich zu Magdeburg das Allgemeine Ehrenzeichen.

Kunst und Wissenschaft.

Eine Bibliothek amerikanischer Kulturgeschichte in Berlin. Der Präsident der Columbia-Universität in Newyork, Nicholas Murray Butler, der bei der Einrichtung des Professorenaustausches wesentlich beteiligt, und dessen Bemühungen auch die Errichtung des Deutschen Hauses in Newyork zu verdanken ist, wird im Verein mit dem Leiter der akademischen Auskunftsstelle an der Universität Berlin, Professor Dr. Wilhelm Paszkowski, im Verlage der Weidmannschen Buchhandlung in Berlin eine „Bibliothek amerikanischer Kulturgeschichte" herausgeben.

Der ungarische Dramatiker Franz Molnar, dessen Lustspiele „Der Teufel" und „Der Herr Verteidiger" auch in Deutschland bekannt geworden sind, ist nach einer Meldung aus Budapest schwer erkrankt. Er leidet an einer schweren neurasthenischen Entkräftung infolge großer Aufregungen, die er in letzter Zeit durchzumachen hatte.

Theater und Musik.

Hofkapellmeister Riedel in Braunschweig erläßt in der gestrigen Nummer der dortigen „Neuesten Nachrichten" eine Erklärung, in der es heißt:

„Ich wende mich an alle, die mich kennen und deren Teilnahme mich zu höchstem Dank verpflichtet — insbesondere an die Einwohnerschaft Braunschweigs.

Seit 33 Jahren bin ich hier, und bin dadurch, wie ich glaube sagen zu dürfen, einer der Ihrigen geworden. In dieser ganzen Zeit habe ich in einer der öffentlichen Beurteilung besonders ausgesetzten Position, nur meinen Pflichten gelebt, die ich nach meinem Gewissen nie verletzt habe. Dieses gibt mir das Recht, meine Sache — die mir vorgeworfenen Dinge und meine gesamte Persönlichkeit gegeneinander gehalten — getrost Ihrer Beurteilung anzuvertrauen.

Ich darf die Hoffnung aussprechen, daß alle, die mich und mein Wirken seit 33 Jahren kennen, es begreiflich finden werden, wenn ich es vorläufig unterlasse, mich mit einer Sache öffentlich abzugeben, die mich — und nicht mich allein — nur aufs tiefste anwidert."

Bühnenchronik.

Die russisch-französische Vereinigung an der Pariser Universität führte am Montag dem „B. T." zufolge in einer privaten Veranstaltung das zweiaktige Schauspiel „Mart" von Leo Tolstoi dem Sohn auf. Das Stück ist ein Revolutionsdrama, dessen Held von seinen Genossen den Auftrag empfängt, den Herrscher zu töten. Seine Schwester und seine Braut versuchen ihn von der Ausführung des finsteren Planes zurückzuhalten, aber er geht über die Leiche der Braut und die Leiche der Schwester dem Ziele entgegen, das er für seine Lebensaufgabe hält.

Vermischtes.

Verwegene Räuber.

Budapest, 10. Jan. In Fiume wurde in dem Juweliergeschäft von Giraldo ein Einbruch verübt, wobei Goldwaren im Werte von 80 000 Kronen entwendet wurden. Die in Budapest eingeleitete Untersuchung ergab, daß zwei verwegene Einbrecher in Budapest weilen; da der eine von ihnen seine Hehler in Berlin hat, ist er wahrscheinlich nach dort abgereist. Die Berliner Polizei ist bereits verständigt worden.

Polizeihund und anonyme Briefe.

Man schreibt uns aus Straßburg i. E.: Die Tätigkeit der Polizeihunde greift auf immer weitere Gebiete über. Im benachbarten Deutsch-Avricourt hat sich ein solcher Vierfüßler sogar als Entdecker von anonymen Briefschreibern berühmt gemacht, wie aus einer Verhandlung vor dem dortigen Schöffengericht zu ersehen war.

Vor diesem hatte sich die Frau des Agenten Zimmermann wegen ehrenrühriger Beleidigung des Amtsgerichtssekretärs Contesse zu verantworten, mit dessen Ehefrau sie in freundschaftlichem Verkehr stand. Trotzdem überschüttete sie den Mann mit einer Flut niedrigster anonymer Schmähbriefe. Als man des Briefschreibers mit den gewöhnlichen Mitteln nicht habhaft werden konnte, verfiel man auf den Gedanken, einen Polizeihund Witterung von den Briefen zu geben. Der Hund nahm sofort die Spur auf und stellte als Täterin die Angeklagte, die in der Verhandlung auch durch die Sachverständigengutachten überführt wurde. Das Urteil lautete auf zehn Tage Gefängnis.

Der reichste Mann der Rheinprovinz und wohl auch Südwestdeutschlands, Rittergutsbesitzer und Kommerzienrat Karl Puricelli, ist gestern auf Rheinböllerhütte gestorben. Er war 87 Jahre alt geworden. Der Heimgegangene hat sich in Bingen ein Denkmal gesetzt durch die Errichtung eines großen Blindenheims sowie durch seine Wohltätigkeit. Er war Ehrenbürger der Stadt Bingen. Seine Beisetzung erfolgt im Binger Familienerbbegräbnis.

Einbruch in das Mindener Rathaus. In der Nacht auf Montag wurde in das Rathaus in Minden ein Einbruch verübt. Die Täter durchwühlten die Aktenschränke der beiden Bürgermeister und erbrachen auch sonstige Behälter, fanden aber lediglich unbrauchbar gemachte Obligationen, die sie durcheinanderwarfen. Geraubt wurden nur Briefmarken im Werte von 4 Mark. Von den Einbrechern fehlt jede Spur.

Tödlicher Unfall in einer Schule. In der Schule zu Neubenatek (Böhmen) ereignete sich ein schwerer Unglücksfall. Der Schullehrer Zezulka, ein Asthmatiker, hatte sich, um das Stiegensteigen zu ersparen, im Kohlenaufzuge in das zweite Stockwerk des Schulgebäudes emporwinden lassen. Oben angelangt, riß plötzlich die Kette und der Lehrer stürzte bis in den Keller hinab, wo er mit zerschmettertem Schädel tot liegen blieb.

Zwei Mörder. Aus Paris wird berichtet: Die Guillotine ist nach Lille gewandert, wo Mittwoch früh der Mörder Favier hingerichtet werden wird, der am 31. Januar v. J. den Kassenboten Thain ermordet und beraubt hat. Während Herr Fallières das Todesurteil gegen Favier bestätigt hat, begnadigte er gleichzeitig einen anderen zum Tode verurteilten Mörder Ventax zu lebenslänglichem Zuchthaus. Ventax hat in Gemeinschaft mit zwei Spießgesellen seinen Oheim Morot-Raquin erwürgt, um ihn zu bestehlen, und auch seine Tante, die Gattin des Ermordeten, zu töten versucht. Die Begnadigung scheint erfolgt zu sein, weil Ventax einmal unter eigener Lebensgefahr einen Menschen vom Tode gerettet hat. In Chalons sur Saone, wo Ventax verurteilt worden ist und gefangen gehalten wird, macht trotz diesem Verdienst des Mörders seine Begnadigung den denkbar schlechtesten Eindruck.

Letzte Nachrichten.

Fürst Bülows Dank.

□ **Rom**, 10. Jan. Bei der gestrigen Festtafel in der Villa Malta saß der deutsche Botschafter von Jagow links vom Fürsten Bülow. Der Botschafter erinnerte in seinem Toast an des Fürsten große, vom Kaiser so oft und so gern gewürdigten Verdienste und feierte den Fürsten und die Fürstin in herzlichen Worten. Fürst Bülow dankte bewegt. Er sagte, daß ihm nur die liebevolle Pflege seiner Gattin seine zwölfjährige Ministertätigkeit ermöglichte. Sein Wahlspruch sei immer gewesen: „Per aspera ad astra"; diesen Spruch habe ihm bei seiner Hochzeit einst Prinz Reuß zugerufen. Er wünsche, daß immer ein freundlicher Stern über seinem Hause walte und daß in Deutschland alles gut gehe. Möge Gott seine Gattin und seine Freunde stets beschützen. — Die Depesche des Kaisers soll sehr liebenswürdig und herzlich gehalten sein. Bisher sind an 1500 Telegramme eingegangen und noch immer treffen neue ein. Beim Papst haben Fürst und Fürstin Bülow morgen Audienz.

Zu den Reichstagswahlen.

H. **Karlsruhe**, 10. Jan. (Privat-Telegramm.) **Durch die Blätter ging eine Notiz, daß im 5. Wahlkreise Freiberg-Emmending der nationalliberale Parteisekretär Bassermann als Kandidat für den Reichstag aufgestellt worden sei. Es kann sich hier lediglich um einen Wunsch der nationalliberalen Seite handeln, denn die Blockverhandlungen zwischen den Nationalliberalen und der Volkspartei sind noch nicht beendet. Vor dem Abschluß ist aber nicht zu entscheiden, ob in dem einen oder anderen Wahlkreise ein Nationalliberaler oder Volksparteiler kandidieren werde. — Ebenso ist eine andere Meldung, derzufolge im 1. Wahlkreise Konstanz der Volksparteiler Veneden als Kandidat aufgestellt sei, zumindest verfrüht.**

Zur Wendel-Affäre.

Metz, 10. Januar. Wie der Abbé Collin in der heutigen „Lorraine" mit Namensunterschrift mitteilt, hat die Regierung dem Herrn Humbert de Wendel durch den Kreisdirektor von Diedenhofen mitteilen lassen, daß die Herren de Wendel zurückkehren dürfen, da ihnen die Erlaubnis zum Aufenthalt wie früher gewährt sei.

Der neue französische Kammerpräsident.

W. **Paris**, 10. Jan. **Bei der Wahl des Kammerpräsidenten ergab sich im ersten Wahlgange die Notwendigkeit einer Stichwahl. Brisson erhielt 250, Dechanell 212, Jules Guez 46 und Delcassé 9 Stimmen. Beim zweiten Wahlgange entfielen auf Brisson 270, auf Dechanell 177 und auf Jules Guez 50 Stimmen. Brisson erscheint somit gewählt. Das Wahlresultat wurde von der Linken mit Beifall begrüßt.**

Die Revolution in Honduras.

New York, 10. Jan. Meldungen aus Puerto Cortez (Honduras) bestätigen die Einnahme der Insel Roatan durch die revolutionären Streitkräfte. Der frühere Präsident General Bonilla, der an der Spitze der Revolution steht, ist zum Präsidenten ausgerufen worden.

Vermischte Drahtnachrichten.

Kattowitz, 10. Jan. Auf dem Förderschacht der hiesigen Grube wurde die Leiche eines Galizisers gefunden. Der Leiche fehlte der Kopf. Ueber das Verbrechen liegt noch mysteriöses Dunkel.

h. **Libau**, 10. Jan. Der Dampfer „Rossija" ist auf einem Riff aufgelaufen. Die ganze Ladung mußte ins Meer geworfen werden. Die Lage ist äußerst kritisch.

Trient, 10. Jan. Auf der Valsuganabahn wurde bei einem Wegübergang nahe bei Trient von einem heranbrausenden Zug ein Fuhrwerk erfaßt. Der Fuhrmann und die Pferde wurden bis zur Unkenntlichkeit zermalmt.

Leitung. Wilhelm Georg.
Verantwortlich für den politischen Teil: Wilhelm Georg; für den lokalen Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht, Handel: Eugen Brinkmann; für Ausland und Letzte Nachrichten: Karl Meitner; Feuilleton, Vermischtes usw.: Martin Feuchtwanger; für den Inseratenteil: Albert Barth. Druck und Verlag von Otto Hendel. Sämtlich in Halle a. S.
— Diese Nummer umfaßt 8 Seiten. —
einschließlich Unterhaltungsblatt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19110111017/fragment/page=0004

Der norddeutsche Naturschutzpark.

Der Verein Naturschutzpark in Stuttgart will bekanntlich auch für Norddeutschland ein „Reservat" im Sinne seiner schönen Zwecke schaffen, und zwar in der Lüneburger Heide, mit dem Mittelpunkt des Wilseder Berges, ein zusammen 23 000 Hektar großes Gebiet. In ihm liegen nur fünf Ortschaften, die zusammen nicht über 600 Einwohner zählen, so daß es sich wirklich um eine Stätte großer Natureinsamkeit handelt. Hier und da finden sich verstreut einzelne Höfe, Ställe, Landhäuser. Die charakteristischen Eigenheiten der Heide sind auf diesem Gebiete wie gesammelt vereinigt: vor allem die Heide selbst mit ihren phantastischen Wachholderstatuen, die namentlich in der Dämmerung mitunter das Bild erstarrt gebannter Mönche in wallenden Kutten darbieten, dann die in der übrigen Ebene besonders eindrucksvollen Bodenerhebungen, die in dem Wilseder Berg mit einem Fernblick bis nach Hamburg hinüber sich eine sogar achtunggebietende Höhe erklimmen, ferner die weitvergessen verstreuten Heidekergehöfte und namentlich schöne urwüchsige Forsten. Bruchstücke verschiedener Forstereien, die dem Naturschutzpark zugeschlagen werden sollen. Allerdings hat auch schon der Pflug, der überhaupt in der Heide ganz überraschend ausgebreitet am Werke ist, einige Stellen des Gebiets ergriffen, doch soll dieses Kulturinstrument natürlich in Zukunft von dem Schutzpark verbannt werden, damit auch diese Streden, sich selbst überlassen, allmählich wieder in den Urzustand hineinwachsen. Der Verein hat bis jetzt von dem in Aussicht genommenen Gebiet freilich erst 1400 Hektar fest erworben. Weitere 8000 Hektar staatlicher Forsten hofft er ohne besondere Schwierigkeiten für seine gemeinnützigen Zwecke abgabenfrei zu erlangen, 7200 Hektar hat er noch zu erwerben und weitere 7000 Hektar Enklaven und einzelne Landschaftsteile sind nicht anzukaufen, sondern als Naturdenkmäler zu schützen oder als Grenzgebiete durch Vertrag zu übernehmen. In ganzen wird der Verein noch 2 800 000 Mk. aufzuwenden haben, was, da verschiedene ausgleichende Einnahmen vorhanden sind, einer jährlichen laufenden Belastung des Vereins mit rund 147 000 Mk. gleichkommt. Aus seinen Mitgliederbeiträgen will er hierzu 30 000 Mk. verwenden, 32 000 Mk. sollen die Zinsen des Ertrages von einer Lotterie liefern, 60 000 Mk. hofft er vom preußischen Staat als laufenden Zuschuß zu erhalten, während die übrigen nächstbeteiligten deutschen Bundesstaaten gebeten werden sollen, den Rest von etwa 25 000 Mk. beizusteuern. Es ist nun erfreulich, berichten zu können, daß der hamburgische Senat sich gern bereit erklärt hat, von der Bürgerschaft eine jährlich fortlaufende Beihilfe von je 10 000 Mk. zu erbitten. Allerdings hängt das Gelingen des ganzen Planes von der Bereitwilligkeit Preußens ab, weshalb der Senat selbstverständlicherweise empfiehlt, daß die Gewährung der hamburgischen Beihilfe an die Voraussetzung einer dem Vereine günstigen Entscheidung in Preußen geknüpft werde. Daß die Bürgerschaft Hamburgs dem zustimmen wird, ist nicht zu bezweifeln, und so bleibt denn nur zu wünschen, daß auch die anderen Bundesstaaten, die durch ihre dem Naturschutzpark benachbarte geographische Lage an dem Plane hervorragend interessiert sind, ein möglichst weitgehendes Entgegenkommen zeigen mögen.

*

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Berliner Börse.

(Telephonischer Bericht der „Saale-Ztg.")

3 Uhr 10 Minuten. Kredit 212,75, Diskonto 195,37, Deutsche Bank 264, Berliner Handelsgesellschaft 169,50, Dresdner Bank 164,25, Russische Anleihe von 1902 94,50, Türkenlose 182, Lombarden 21,12, Kanada 204, Baltimore 107,50, Laurahütte 170, Bochumer Guss 223, Gelsenkirchen 209, Harpener 185,37, Deutsch-Luxemburg 195,25, Phönix 239,50, A. E.-G. 266,12, Siemens & Halske 238,12, Hamburger Paketfahrt 143,50, Nordd. Lloyd 108,12, Grosse Berliner Strassenbahn 195,25, Warschau-Wiener 223. Tendenz: Fest.

Am Kassamarkt notierten höher: Berliner Terrain- und Bau-Ges. 5,50, Löwenbrauerei 4, Dürkopp 4, Linke Waggon 3,75, Zeitzer Masch. 4,25, Deutsche Gasglühlicht 7, Hotelbetriebs-Ges. 2,25, Plauiawerke 2,25, Schweiger Glashütte 2,50, Annendorfer Papierfabrik 6, Schött Spinnerei 3,25, Charlottenhütte 3, Thale-Aktien 2,50, König Wilhelm 2, Hoesch 3,50, Kattowitzer Bergbau 4,25, Montan-Ind.-Ges. 3, Rhein.-Nassau 2,75, Westfäl. Draht-Ind. 7, Langendreer 4,50, Witten Gussstahl 4; niedriger: Höchster Farben 3, Rauchwaren Walter 4,25, Cröllwitzer Papier 6, Vogel 2, Schlesische Zinkhütte 3.

Zum Kurszettel. Berlin, 10. Jan. 4% Badische Staats-Anleihe 08/09 unk. 18 102,90B. 4% Bayrische Staats-Anl. 101,60b. 4% Bayrische Staats-Anleihe 08 unk. 1918 -, -. 4% Schwarzburg-Sondershausen ,—, . 3½% Württemb. Staats-Anleihe 81-83 91,5 G. 3% Kameruner Eisenbahn-Anteile 94,00bB. 3½% Deutsch-Ostafrikanische Schuldverschr. gar. 96,75b. 4% Cottbuser Stadt-Anleihe 1900 -, -. 4% Darmstädt. Stadt-Anl. 1909 unk 16 -,-. 3½% Dessauer Stadt-Anleihe 1896 -,—. 4% Düsseldorfer Stadt-Anleihe 1900, 07, 08, 09 100,40B. 4% Jenaer Stadt-Anl. 1900 100,00G. 3½% Jenaer Stadt-Anl. 1902 91,25G. 4% Nordhäuser Stadt-Anleihe 1903 unkv. 1919 —, , . 4% Quedlinburger Stadt-Anl. 1903 unk. 1913 -,-. 4% Thorner Stadt-Anl. 1909 unk. 1919 -, -. 4proz. Hessische Komm.-Obl. X-XII 101,60G. 3½% Ostpreußische Nordwestbahn-Obligationen 1874 konv. 86,00eB. 4½% Deutsche Solvay-Werke 103,75b 4½% Elberfelder Farben unk. 1917 101,00G. Felten & Guilleaume-Lahmeyer 06, 08 103,20bG. Vereinigte Lausitzer Glashütten 368,50bG.

Londoner Börse vom 10. Jan. Es notierten: Engl. Konsols 79,37, Rio Tinto 76,00, Geduld 1,56 Goldfields 5,68, Steel com. 76,93 Steel preis. 121,50, Rand Mines 8,62, Anaconde 8,25.

Die Lampen werden teurer.

Zur Lage der Petroleumbeleuchtungsbranche wird aus Interessentenkreisen geschrieben: Die Preise für Petroleumlampen sind schon seit langer Zeit gedrückt, dass an einen Verdienst kaum noch zu denken ist. Gas- und elektrische Beleuchtung drängen die Petroleumbeleuchtung immer weiter zurück. Dazu kommt, dass einzelne Fabrikanten, um die Gunst ihrer Kundschaft zu behalten, sich alle möglichen Zugeständnisse haben abringen lassen. So sind Konditionen entstanden, die in keiner anderen Branche zu finden sein dürften. Lange Hinausschiebung dieses Zieles und der Valuta sind an der Tagesordnung, ebenso werden die Verträge fast nur mit der Baisseklausel abgeschlossen. Unter diesen Umständen muss die gedrückte Preislage gerade jetzt um so mehr ins Gewicht fallen, als das Syndikat für Lampenguss die Preise um 2½ Proz., das Docht-syndikat seine um 10 Proz. und der Verband deutscher Beleuchtungsglashütten seine durchschnittlich auch um 10 Proz. erhöht haben. Ausserdem sind die Rohmaterialien im allgemeinen teurer geworden und hier besonders alle Sorten von Metallblechen. Dazu kommen dann noch die durch die anhaltende Verteuerung des Lebensunterhalts bedingten höheren Lohnforderungen der Arbeiterschaft. Die Vereinigung deutscher Lampenfabrikanten und Grossisten, die die einzige Organisation der Petroleumbeleuchtungsbranche darstellt, überlässt es daher, den Mitgliedern, eine Preiserhöhung in Form eines Aufschlages zu erheben oder bei einer Neukalkulation zu berücksichtigen.

Dresdner Bank. In der Aufsichtsratssitzung der Bank wurde Herr Anton Hübbe, bisher Teilhaber der in Liquidation getretenen Firma H. Scherer & Co. in Mexiko, zum Direktor der Hamburger Niederlassung ernannt. Zu Leitern der Geschäftsstelle Frankfurt a. O. wurden die Herren B. Krippendorf, H. Brunner und P. Seroski ernannt. Ferner erfolgte die Ernennung einer Reihe von Prokuristen für verschiedene Filialen. Ausserdem beschloss der Aufsichtsrat auf Antrag der Direktion, mit dem 1. April 1911 eine Filiale in Stettin zu errichten.

Gewerkschaft Germania in Berlin. In der Gewerkenversammlung erstattete der Vorsitzende einen Bericht über die Lage der Gewerkschaft. Hiernach ergibt sich, dass ein Bergwerk nicht im Betrieb ist und die Schaumburg-Lippische Regierung dessen Beginn bis 1. April 1911 hinausgeschoben hat. Ein Prozess gegen die Norddeutsche Tiefbohr-Gesellschaft wegen Abweisung ihres Anspruches auf 180 000 Mk. ist in den ersten beiden Instanzen zuungunsten der Gewerkschaft entschieden worden. Ehe dieser und die sonst noch schwebenden Prozesse nicht enschieden seien, lasse sich die Lage der Gewerkschaft nicht überblicken. Die Schulden des Unternehmens beziffern sich zurzeit auf etwa 300 000 Mk. Nach einer stark auf das persönliche Gebiet hinüberspielenden Diskussion wurde der Verwaltung Entlastung erteilt. Mit Majorität wurde beschlossen, den Vorstand zu ermächtigen, die schon genehmigte, aber noch nicht ausgeschriebene Zubusse von 5 Mk. pro Kux und erforderlichen Falles noch weitere 5 Mk. pro Kux ausschreiben zu können. Der Antrag auf Einsetzung einer Revisionskommission zwecks Prüfung der Geschäftsführung wurde abgelehnt. Gegen sämtliche Beschlüsse wurden Proteste zu Protokoll gegeben.

Die Gewerkschaft Einigkeit beruft auf den 20. Januar nach Berlin die Gewerken zur Genehmigung des Vertrages mit dem Kalisyndikat über den Beitritt ein.

Die bisherige Schwäche des belgischen Roheisenmarktes verschärft sich noch; am Dienstag ist ein abermaliger Preisrückgang eingetreten, und zwar für Giesserei roheisen auf 69 bis 70 Frcs., Thomasroheisen auf 71 Frcs., Stahleisen auf 65 Frcs.

Zur Lage des Roheisenmarktes. Infolge des andauernd fest bleibenden Roheisenmarktes in England hat bei uns in Deutschland die Nachfrage des Auslandes nach Roheisen im neuen Jahre stark zugenommen. Der Roheisenverband konnte in den letzten Tagen über 50 000 t Roheisen zur Lieferung bis Jahresschluss nach dem Ausland verkaufen.

Gerb- und Farbstoffwerke H. Renner & Co., Akt.-Ges., Hamburg. In Ausführung des Beschlusses der neulichen Generalversammlung, das Grundkapital um 2 Mill. Mk. auf 7,50 Mill. Mk. zu erhöhen, werden nunmehr von den neuen, ab 1. Januar d. J. dividendeberechtigten Aktien, die von einem Bankenkonsortium zu 240 Proz. übernommen wurden, 1 833 000 Mk. den alten Aktionären zum gleichen Kurse bis 21. d. M. angeboten. Die erste Einzahlung von 25 Proz. und das Agio von 140 Proz. sind sofort, weitere Einzahlungen mit je 25 Proz. am 1. April, 15. Mai und 15. Juni d. J. zu leisten. Die Kapitalserhöhung dient zur Vermehrung der Betriebsmittel, für die grössere Ausdehnung der Glückstädter Werke und zur Erweiterung der Hamburger Anlage. • Ausserdem beabsichtigt die Gesellschaft, ihre Beteiligung an der Société an des Produits Tannants d'Hemixen zu vergrössern; ausserdem hat sie die Hälfte des 600 000 Mk. betragenden Aktienkapitals der Firma Farb- und Gerbstoffwerke Paul Gulden & Co. Akt.-Ges. in Piesteritz erworben. In der neulichen Generalversammlung war für 1910 eine Dividende von 18 Proz. in Aussicht gestellt worden gegen 14 Proz. im Vorjahr.

Norddeutsche Jutespinnerei und Weberei. Aus Hamburg wird der „Voss. Ztg." zu der Feuersbrunst, welche in der Nacht zum Sonntag einen Teil der Fabrik in Schiffbeck zerstörte, drahtlich gemeldet: Die Betriebsstockung bei der Norddeutschen Jutespinnerei wird nach den Massnahmen, die die Direktion bereits getroffen hat, nicht so langwierig sein, wie diese selbst zuerst annahm. Gestern früh ist der Spinnerei- und Webereibetrieb wieder aufgenommen worden und für das Appretieren und Näheren sind Arrangements getroffen, so dass keine eigentliche Betriebsunterbrechung stattfindet. Der Vollbetrieb kann natürlich erst dann wieder aufgenomen werden, wenn das Gebäude für die Appretur und Näherei wieder aufgebaut ist und die neuen Maschinen aus England eingetroffen sind. Das gesamte Fabrikanwesen ist bei ca. 20 Versicherungsgesellschaften mit 4 664 000 Mk. versichert. Die Fabrikgebäude standen am 31. März 1909 mit 900 000 Mk. zu Buch, Maschinen- und Betriebseinrichtungen mit 872 000 Mk., rohe Jute und in der Fabrik befindliche, für Aufträge bestimmte Ware mit 1 915 269 Mk.

Garn. Auf dem Baumwollgarnmarkt in M.-Gladbach blieben die Umsätze wegen der Inventur und Bilanzarbeiten der Garnverbraucher noch gering. Die Preise für Warps waren um 1 Pfg. erhöht.

Die Vallendarer Tonwerke in Vallendar sind in Konkurs geraten. Beteiligt sind die Mittelrheinische Bank in Koblenz und die Oberlahnsteiner Filiale der Stettiner Chamottewerke.

Insolvenz in der Konfektionsbranche. Ueber das Vermögen des Kaufmanns Johann Wolff, Inhaber der bekannten Damenkonfektionsfirma Simon Fromholz Nachf. in Würzburg, ist laut „Textilwoche" das Konkursverfahren eröffnet worden.

Waren und Produkte.

Getreide.

Berliner Produktenbörse. 10. Januar. Am Frühmarkt notierten Weizen inländ. 197,00—200,00 ab Bahn und frei Mühle. Roggen inland. 148,00—149,00 ab Bahn und frei Mühle. Hafer märkischer, mecklenburgischer, pomm., preussisch., posenscher und schlesischer fein 175—182, mittel 162—172, gering 155—161, russisch. und Donau mittel 155—167, gering 143—154 ab Bahn und frei Wagen. Mais amerik. mixed 139—144, neuer abfallender — — runder 136,00 145,00 frei Wagen. Gerste, inländische Futtergerste, mittel und gering 138,00—152,00, gute 153—164, russische und Donau leichte 121,00 125,00, schwere 128—132 ab Bahn und frei Wagen. Erbsen inländische und ausländische Futterware mittel 141—156, Taubenerbsen 157—166 ab Bahn und frei Wagen. Weizenmehl 00 24,00 bis 27,50. Roggenmehl 0 und 1 18,70—21,10. Weizenkleie 9,90—11,25. Roggenkleie 9,50—10,25.

Magdeburg, 10. Jan. (Die Notierungen verstehen sich für 1000 kg netto ab Station und frei Magdeburg.) Weizen engl. und Sommer- fest, gut 195—200 M., Weizen Rauh- 194—195. Roggen inländ. stetig, gut 143—147. Gerste ausländ. Futtergerste fest gut 121—124. Hafer inl. stetig, gut 158—166. Mais runder stetig, gut 134—136, amerik. bunter, gut 137 M.

Hamburg, 10. Jan. (Getreidemarkt.) Weizen fest. Ostholst. Mecklbg., 202—204. Roggen fest. Mecklburg. und Pomm. 144—155. Gerste stetig, südruss. 104—106. Hafer fest. Holsteiner. — — —. Mecklenburger — — —, neuer Holsteiner und Mecklenburger 158 bis 172. Mais ruhig. La Plata 99—100 mixed 101.

Antwerpen, 10. Jan. Deutscher La Platazug, Kontrakt B., per Jan. 5,45, März 5,32½, Mai 5,25, Juni 5,22½, Juli 5,20 Fr. Umsatz 510,000 kg. Still.

Liverpool, 10. Jan. Roter Winterweizen per März 7,1½, per Mai 7,2½. Still. Mais, amerik. Febr. 4,5, La Plata Jan. —. Still.

Pest, 10. Jan. Weizen per Okt. —,— G., —,— B., per April 11,17 G., 11,18 B. Roggen per Okt. —,— G., —, B., per April 7,85 G., 7,86 B. Hafer per April —,— G., —,—B., per April 8,56 G., 8,57 B. Mais per Mai 5,55 G., 5,56 B.

Zucker.

Hamburg, 10. Jan. Rübenrohzucker. 1. Produkt, Basis 88% Rendement neue Usance, frei an Bord Hamburg

	vorm.	nachm.	abends
per Januar	9,02½	9,05	9,02½ M.
„ März	9,17½	9,15	9,15 „
„ Mai	9,30	9,27½	9,27½ „
„ August	9,47½	9,45	9,45 „
„ Oktober	9,45	9,42½	9,42½ „
„ Dezember	9,47½	9,47½	9,47½ „
	ruhig	ruhig	ruhig

Kaffee.

Hamburg, 10. Jan. Good average Santos

	vorm.	nachm.	abends
per März	58¾ G.	60 G.	60 G.
„ Mai	59¼ G.	59¼ G.	59¼ G.
„ September	58½ G.	59 G.	59 G.
„ Dezember	57½ G.	58½ G.	58½ G.
	stetig	stetig	stetig

Havre, 10. Jan. Kaffee good average Santos per März 71½, per Mai 72, per Sept. 72, per Dez. 71½.

Rio de Janeiro 10. Jan. Kaffee-Zufuhren 8,000 Sack in Rio 8,000 Sack in Santos.

Kartoffelmehl und -Stärke.

Magdeburg 10. Jan. Prima Kartoffelstärke und -Mehl für 100 kg 21,00—21,50. Stetig.

Berlin, 10. Jan. Kartoffelmehl u. -Stärke 21,25—21,75. Feuchtes Kartoffelmehl 10,60.

Spiritus.

Nordhausen, 10. Jan. Branntwein 40 Vol. Proz. für 100 kg (105—100 l) 87,75—88,75 M., do. 45 Vol. Proz. für 100 kg (106—107 l) 98,00—99,00 M. per loko und Dez. 1910—Sept. 1911 ohne Fass ab Brennerei.

Fettwaren und Oele.

Hamburg, 10. Jan. Stadtschmalz 63,00, amerik. Steam 53,50, Chamberlain 55,75.

Köln, 10. Jan. Rüböl loko 61,00, per Mai 58,00. Still.

Chemische Produkte.

Hamburg, 10. Jan. Chilisalpeter per loko 9,17½, Febr.-März 9,25 frei Fahrzeug Hamburg.

Heu, Stroh usw.

Halle, 10. Jan. Bericht über Heu u. Stroh, mitgeteilt von Otto Westphal. Preise für 50 kg, und zwar bei Partien frei Bahn, bei einzelnen Fuhren frei Hof hier. Die Partienpreise sind fett, die Fuhrenpreise sind in Klammern gesetzt. Roggen-Langstroh (Handdrusch Fuhrenpreis 3,00) 3,50. Maschinenstroh für Papierfabriken, Roggenstroh 1,70 u. Weizenstroh 1,60, zu Streuzwecken 2,00 (2,50). Breitdrusch 2,25. Wie oben, hiesiges oder Thür., beste Sorten 3,50 (3,75), gute fremde Sorten 3,00 (3,50). Kleeheu, erst. Schnitt, beste Sort. 3,50 (3,75). Torfstreu, in 200 Zentner-Ladungen, frei Bahn hier 1,00, in einzelnen Ballen vom Lager hier 1,60 Mark. Häcksel, gesund und trocken, bei Partien, frei Bahn hier 2,30, im einzelnen vom Lager hier 2,80—3,00 M.

Wolle.

Bremen, 10. Jan. Baumwolle still. Upl. loko middl. 76,50 Pfg.

Liverpool, 10. Jan. Baumwolle. Umsatz 12 000 Ballen, davon Import 34,000 Ballen, davon Amerikaner 26,000 Ballen.

Liverpool, 10. Jan. Aegyptische Baumwolle per März 10,63, Mai 21,01, Nov. 24,68.

Metalle.

London, 10. Jan. Chili-Kupfer k. stetig 55¾/16, 3 Mon. 56¼/16, Zinn Straits stetig 184½, 3 Mon. 185. Blei span., ruhig 13 1/16, engl. 13½. Zink gewöhnliche Marke, ruhig 24, spec. Marke 25½.

Amerikanische Warenmärkte.

Kabelmeldung via Azoren-Emden.

New York.	10.1.	9.1.	Chicago.	10.1.	9.1.
Weizen p. Mai	105⅝	106¼	Weizen p. Mai	101⅝	101⅜
„ „ Juli	103⅜	103¾	„ „ Juli	96½	96½
Mais p. Mai	58⅜	58½	Mais p. Mai	50¼	50
„ „ Juli	—	—	„ „ Juli	51⅛	50⅞
Mehl Spring clears	4,20	4,20	Hafer p. Mai	33⅛	34¼
Kaffee Fair Rio Nr. 7	13½	13½	„ „ Juli	34¼	34¼
„ p. Jan.	11,50	11,51	Roggen p. Jan.	81½	82
„ p. Febr.	11,58	11,5	Schmalz p. Mai	10,60	10,65
Petroleum in Cases	8,90	8,90	„ „ Juli	10,17	10,32
do. in New York	7,40	7,40			
do. in Philadelphia	7,40	7,40			

Tendenz: Weizen fest. Mais fest.

Schiffsnachrichten.

Hamburg-Amerika-Linie.

(Bureau in Halle: Georg Schultze, Bernburgerstr. 32.)

Nordamerika: Bethania 6. Jan. 6 Uhr abends in Baltimore. Mecklenburg 7. Jan. 5 Uhr nachm. in Newport News. Oceana 7. Jan. 6 Uhr 30 Min. morgens in New York. President Grant, nach New York, 8. Jan. 11 Uhr 55 Min. nachts von Southampton. Vandalia, von Baltimore kommend, 7. Jan. 3 Uhr 20 Min. nachm. auf der Elbe. — Westindien. Mexiko, Südamerika: Caledonia, nach Westindien, 7. Jan. 7 Uhr abends in Cadiz. Constantia, nach Westindien, 8. Januar 9 Uhr morgens Cuxhaven passiert. Fürst Bismarck, ausgehend, 8. Jan. in Tampico. Nassovia, nach Mittelbrasilien, 7. Jan. 12 Uhr nachts Dover passiert. Niederwald, nach Westindien, 7. Jan. 7 Uhr morgens in Antwerpen. Pallanza 7. Jan. 6 Uhr abends von Santos über Rio de Janeiro, St. Vincent, Teneriffa und Rotterdam nach Hamburg. Rhaetia, von Nordbrasilien kommend, 8. Jan. 2 Uhr nachm. in Hamburg. Schaumburg, von Westindien kommend, 7. Jan. 9 Uhr 30 Min. abends in Hamburg. Westerwald, nach Havana und Mexiko, 6. Jan. 1 Uhr nachm. von Vigo. Ypiranga, heimkehrend, 8. Jan. von Tampico. — Ostasien: Ambria, ausgehend, 7. Jan. Gibraltar passiert. Arabia 7. Jan. 5 Uhr nachm. von Penang nach Colombo. Armenia, heimkehrend, 7. Jan. in Suez. Sambia, ausgehend, 8. Jan. morgens Perim passiert. Scandia 8. Jan. 6 Uhr abends von Kobe nach Moji. Senegambia, heimkehrend, 8. Jan. 6 Uhr morgens Gibraltar passiert. Sithonia 6. Jan. nachm. von Colombo nach Suez. Slavonia 8. Jan. von Schanghai nach Kobe. Suevia, heimkehrend, 8. Jan. 6 Uhr morgens Gibraltar passiert. Westphalia 8. Jan. von Port Said nach Malta. — Verschiedene Fahrten: Edea, heimkehrend, 6. Jan. in Lagos. Meteor, erste Mittelmeerfahrt, 8. Jan. 11 Uhr 15 Min. nachts Dover passiert.

Norddeutscher Lloyd in Bremen.

(Bureau in Halle: L. Schönlicht, Bankgeschäft, Poststrasse.)

Kronprinz Wilhelm, nach New York, 6. Jan. von Cherbourg. Main, nach New York, 8. Jan. Dover passiert. Breslau, nach Baltimore, 7. Jan. in Baltimore. Greifswald, nach Laplata, 7. Jan. Borkum-Riff passiert. Barbarossa, nach Australien, 6. Januar Messina passiert. Westfalen, nach Australien, 7. Jan. von Antwerpen. Schwaben, nach Australien, 7. Jan. in Adelaide. York, nach Ostasien, 7. Jan. von Gibraltar. Prinz Eitel Friedrich, nach Ostasien, 7. Jan. in Aden. Derflinger, nach Ostasien, 7. Jan. von Singapore. Chemnitz, nach Bremen, 7. Jan. in Bremerhaven. Tiberius, nach Bremen, 6. Jan. in Bremerhaven. Aachen, nach Bremen, 6. Jan. von Pernambuco. Bremen, nach Bremen, 8. Jan. von Neapel. Franken, nach Bremen, 8. Januar in Antwerpen. Kleist, nach Bremen, 8. Jan. von Neapel. Goeben, nach Bremen, 7. Jan. von Shanghai. Prinz Ludwig, nach Hamburg, 8. Jan. von Colombo. Lützow, nach Hamburg, 9. Januar von Amsterdam. Berlin, nach Genua, 7. Jan. von New York. Prinz Heinrich, nach Alexandrien, 6. Januar von Neapel. Schleswig, nach Marseille, 8. Januar von Neapel. Schulschiff Herzogin Sophie Charlotte, nach Kanal, 7. Jan. von Sydney.

Wasserstände.

(+ bedeutet über, — unter Null.)

Saale und Unstrut.			Fall	Wuchs
Artern, Brückenpegel	9. Jan.	+0,60	4	—
Nebra, Oberpegel	„	+2,06	—	2
„ Unterpegel	„	+1,48	—	10
Weissenfels, Oberpegel	„	+2,46	2	—
„ Unterpegel	„	+0,04	74	—
Trotha	9. „	+1,72	10	—
Alsleben, Oberpegel	9. „	+2,46	10. „	+2,46	—	—
„ Unterpegel	„	+1,65	10	—
Bernburg	„	+0,92	„	+1,00	—	8
Kalbe, Oberpegel	„	+1,53	„	+1,53	—	—
„ Unterpegel	„	+0,74	„	+0,67	7	—

Isar. Eger. Elbe. Moldau.								
	Jan.	Fall	Wuchs		Jan.	Fall	Wuchs
Jungbunzl.	9. +0,12	3	—	Wittenberg	10	+2,66	4	—
Laun	„ +0,08	13	—	Rosslau	„	+2,06	2	—
Budweis	„ 0,04	6	—	Barby	„	+2,19	6	—
Prag	„ —	—	—	Schönebeck	„	+1,94	10	—
Pardubitz	„ +0,11	—	1	Magdeburg	„	+1,78	12	—
Brandeis	„ +0,04	—	4	Tangermünde	„	+2,82	11	—
Melnik	„ +0,05	4	—	Wittenberge	„	+2,63	7	—
Leitmeritz	„ +0,56	6	—	Dömitz	9.	+2,20	14	—
Aussig	„ +0,82	6	—	Boizenburg	„	+2,25	13	—
Dresden	„ −0,56	2	—	Hohnstorf	„	+2,37	9	—
Torgau	„ +1,73	—	—	Lauenburg	„	+2,36	11	—

Aussig, 10. Jan. Pegelstand plus 82 cm. Vom Oberlauf werden 45 cm Fall gemeldet.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19110111017/fragment/page=0005

Berliner Börse, 10. Jan. 1911

Die Rubrik in Cursivschrift gibt die Zinstermine an. Es bedeutet:
1 1. Jan. | 4 1. Apr. | 7 1. Juli | O 1. Okt. | a 1.1.7. | d 1.4.10. | g 15.3.9. | k 15.6.12. | q1 quartaliter 1.1.4.7.10.
2 1. Febr. | 5 1. Mai | 8 1. Aug. | N 1. Nov. | b 1.2.8. | e 1.5.11. | h 15.4.10. | l 11.6.12. | q2 do. 1.2.5.8.11.
3 1. März | 6 1. Juni | 9 1. Sept. | D 1. Dez. | c 1.3.9. | f 1.6.12. | i 15.5.11. | v versch. | q3 do. 1.3.6.9.12.

Umrechnungssätze: 1 Fr., Lire, Leu, Peseta: 80 Pf. — Oest. 1 fl. Gold: 2 M., Währ.: 1,70, 1 Kr.: 0,85. — 7 fl. südd.: 12. — 1 fl. holl.: 1,70. — 1 M. Banco: 1,50. — 1 Kr.: 1,12½. — 1 Rbl.: 2,16. 1 Gold-Rbl.: 3,20. — 1 Peso: 4. — 1 Doll.: 4,20 — 1 Lstrl.: 20,40 M.
Berlin. Bankdiskont 5 %, Lombardzinsfuß 6 %, Privatdiskont 3⅝ %.
* bedeutet einschliesslich Dividende. Nachdr. verb.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19110111017/fragment/page=0006